

KIELER KONJUNKTUR- BERICHTE

**Deutsche Wirtschaft
im Sommer 2022**

Abgeschlossen am 14. Juni 2022



Nr. 92 (2022 | Q2)

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Nils Sonnenberg

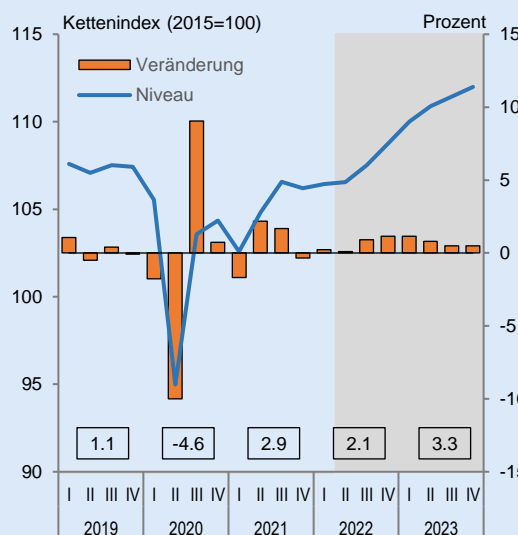
ERHOLUNG KOMMT MÜHSAM VORAN

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Nils Sonnenberg

Die deutsche Wirtschaft steuert weiter durch unruhiges Fahrwasser. Zwar setzt sich der Aufholprozess in den kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen in hohem Tempo fort, und die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe sitzen auf prall gefüllten Auftragsbüchern. Allerdings verringert die hohe Inflation die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen und wirkt so einer höheren Konsumdynamik entgegen. Zudem haben sich die Lieferengpässe zuletzt durch den Krieg in der Ukraine wieder verschärft. Im Ergebnis gewinnt die Erholung erst in der zweiten Jahreshälfte wieder an Kraft, wenn die Preise nicht mehr ganz so rasch steigen und die Lieferengpässe nachlassen. Insgesamt rechnen wir wie im Frühjahr für dieses Jahr mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 2,1 Prozent. Im Jahr 2023 dürfte die Zuwachsrate 3,3 Prozent betragen (Frühjahr: 3,5 Prozent). Die Inflation wird im laufenden Jahr mit 7,4 Prozent so hoch wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland ausfallen. Auch im kommenden Jahr wird der Preisauftrieb mit 4,2 Prozent wohl noch überdurchschnittlich hoch sein. Die Erholung der Erwerbstätigkeit setzt sich fort. Die Effektivverdienste werden kräftig steigen, auch weil die Arbeitskräfteknappheiten einen historischen Höchststand erreicht haben. Im laufenden Jahr wird der Anstieg mit knapp 5 Prozent aber hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Die Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand werden sinken, da die Einnahmen kräftig zunehmen und die pandemiebedingten Ausgaben zurückgefahren werden. Im Jahr 2023 dürften die öffentlichen Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bei etwas über 60 Prozent liegen.

Nach dem robusten Jahresauftakt zeichnet sich gegenüber der Frühjahrsprognose eine deutlich verlangsamte Expansion ab. Die Belastungen durch die vierte Pandemiewelle haben der wirtschaftlichen Aktivität im ersten Quartal hierzulande offenbar weniger zugesetzt als in unserer Frühjahrsprognose unterstellt. So wurde beim Bruttoinlandsprodukt statt eines deutlichen Rückgangs sogar ein leichtes Plus verzeichnet (Abbildung 1). Mit Ausnahme des Verarbeitendes Gewerbes sowie der Energie- und Wasserwirtschaft zog die Bruttowertschöpfung in allen Bereichen an. Damit verbleibt für den weiteren Prognosezeitraum ein geringerer Aufholbedarf, was für sich genommen mit einer schwächeren Expansionsdynamik einhergeht. Allerdings wirken zusätzlich belastende Faktoren, die das Konjunkturbild insgesamt trüben. So erweisen sich die Lieferengpässe, die vor allem der industriellen Aktivität zu schaffen machen, als langwieriger, auch weil durch neue Lockdown-Maßnahmen in China zwischenzeitlich neue Störungen

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

eintraten. Zudem fällt für die privaten Haushalte der Kaufkraftentzug im Zuge des nun noch kräftiger ausgeprägten Preisauftriebs stärker aus, was für sich genommen den privaten Konsum dämpft. Auch wenn das Bruttoinlandsprodukt vor allem infolge der Schockwellen durch den Krieg in der Ukraine im zweiten Quartal kaum mehr als stagnieren dürfte, so bleiben die Auftriebskräfte intakt, wenn auch mit verringerter Stärke. Maßgeblich hierfür ist, dass den privaten Haushalten

noch in erheblichem Maß aufgestaute Kaufkraft aus der Pandemiephase zur Verfügung steht und die Industrieunternehmen weiterhin ein rekordhohes Auftragspolster aufweisen. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr unverändert einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,1 Prozent (Tabelle 1). Die Prognose für das kommende Jahr haben wir geringfügig um 0,2 Prozentpunkte auf 3,3 Prozent herabgesetzt.

Tabelle 1:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung 2020–2023

	2020	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-4,6	2,9	2,1	3,3
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,6	3,0	4,9	3,9
Verbraucherpreise	0,5	3,1	7,4	4,2
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,4	1,1	-0,3	1,6
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44.898	44.918	45.606	45.916
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,9	5,7	5,1	5,1
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-3,7	-1,4	-0,9
Schuldenstand	69,1	69,3	65,6	61,5
Leistungsbilanz	7,1	7,4	4,2	4,8
Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.				
<i>Quelle:</i> Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.				

Monetäre Rahmenbedingungen

Die Europäische Zentralbank leitet erste Schritte zur Normalisierung ihrer Geldpolitik ein. Nachdem das pandemische Anleihekaufprogramm (PEPP) im März 2022 eingestellt wurde, werden nun auch die Nettokäufe im Rahmen des regulären Anleihekaufprogramms (APP) Ende Juni auslaufen. Derzeit beläuft sich der Bestand an Anleihen im APP auf 3249 Mrd. Euro und im PEPP auf 1698 Mrd. Euro und es ist beabsichtigt, alle auslaufenden Anleihen durch Reinvestitionen zu ersetzen.¹ Die Sonderkonditionen der gezielten langfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO) laufen auch Ende Juni aus, sodass die Verzinsung der Kredite an Banken, bei Erfüllung der Vorgaben an die Kreditvergabe an den privaten Sektor, von -1 Prozent wieder auf den Zinssatz der Einlagenfazilität (-0,5 Prozent) steigt. Zurzeit belaufen sich

diese Kredite auf 2199 Mrd. Euro, wovon 88 Mrd. Euro im Jahr 2022, 1523 Mrd. Euro im Jahr 2023 und 588 Mrd. Euro im Jahr 2024 auslaufen. Auf der jüngsten Sitzung des Zentralbankrats Anfang Juni 2022 wurde beschlossen, die Leitzinsen zunächst auf ihren derzeitigen Niveaus zu belassen (Einlagesatz: -0,5 Prozent, Hauptrefinanzierungssatz: 0 Prozent, Spitzenrefinanzierungssatz: 0,25 Prozent), einen ersten Zinsschritt von 0,25 Prozentpunkten im Juli zu unternehmen und einen weiteren im September folgen zu lassen. Für September hat die EZB einen höheren Zinsschritt von 0,5 Prozentpunkten in den Raum gestellt, sofern sie ihre Projektion für die Inflationsrate in der mittleren Frist weiter nach oben anpassen muss. Nach dem zweiten Schritt im September sieht die EZB einen „schrittweisen, aber nachhaltigen“ Zinspfad vor. Insgesamt gehen wir von nun vier Zinsschritten in diesem Jahr aus. Der Hauptrefinanzierungs-

¹ Dabei können die Reinvestitionen im PEPP flexibel angelegt werden, während für die Reinvestitionen im Rahmen des APP bisher der Kaptalschlüssel gilt.

satz würde demnach am Ende des Jahres bei 1,25 Prozent liegen. Zwölf Monate später dürfte er dann bei 2,5 Prozent liegen. Damit wird die Geldpolitik merklich schneller gestrafft als noch im Frühjahr absehbar war.

Die Finanzierungskonditionen haben die Talsohle durchschritten. Die Kapitalmarktzinsen haben schon auf das sich verändernde Zinsumfeld reagiert. Nach der Ankündigung des geldpolitischen Normalisierungspfads im Dezember 2021 haben sich die risikofreien Zinssätze seit Anfang des Jahres 2022 nach oben bewegt. Dies hat sich auf die Zinsen am Kapitalmarkt übertragen. Die Umlaufrendite für 10-jährige Bundesanleihen beträgt derzeit durchschnittlich 1,2 Prozent. Zum Anfang des Jahres lag die Rendite noch bei rund -0,1 Prozent. Die Umlaufrendite von inländischen Unternehmensanleihen belief sich zuletzt auf 3,25 Prozent, während sie zu Anfang des Jahres noch bei 1,2 Prozent lag. Der Aufschlag gegenüber Bundesanleihen mit vergleichbarer Laufzeit betrug 2,0 Prozentpunkte, während er Anfang des Jahres noch bei 1,3 Prozentpunkten lag. Aus den monatlichen Daten zu den Darlehenszinsen für Haushalte und Unternehmen lassen sich ähnliche Tendenzen ableiten. Die Zinsen für Wohnungsbaukredite mit einer anfänglichen Zinsbindung von 5 bis 10 Jahren beliefen sich im April auf 1,9 Prozent. Im Januar lagen sie mit 1,4 Prozent noch nah an dem historischen Tiefpunkt aus dem Mai 2021 von 1,3 Prozent. Bei Unternehmenskrediten wurde im April ein Zins von 2,3 Prozent bei Krediten mit einem Volumen von bis zu 1 Mill. Euro und 1,8 Prozent bei Krediten mit einem Volumen von über 1 Mill. Euro erreicht. Der Zins für Kredite mit einem Volumen von über 1 Mill. Euro lag zu Jahresanfang bei 1,5 Prozent und ist somit in einem ähnlichen Umfang wie die Zinsen auf Wohnungsbaukredite gestiegen. Bei kleineren Unternehmenskrediten zeigt sich diese Tendenz noch nicht. Vor dem Hintergrund der geldpolitischen Ausrichtung und den beschriebenen Entwicklungen rechnen wir damit, dass sich der Zins auf 10-jährige Bundesanleihen weiter stetig nach oben anpasst und bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 2,7 Prozent steigt.

Die Kreditexpansion setzte sich mit kräftigen Raten fort. Im April legte das Volumen der Wohnungsbaukredite erneut mit einer Vorjahresrate

von gut 7 Prozent zu. Dieses recht hohe Expansionstempo ist bereits seit einem Jahr zu beobachten und deutet weiterhin auf eine starke Nachfrage am Wohnungsmarkt hin. Das Volumen der Konsumentenkredite hat sich im Vorjahresvergleich kaum verändert, während sich das Expansionstempo der Unternehmenskredite beschleunigt hat. Im April lag die Vorjahresrate bei 6,4 Prozent, nachdem die Rate in den ersten drei Monaten des Jahres durchschnittlich 5,2 Prozent betrug. Auch die Kapitalmarktfinanzierung der Unternehmen expandierte weiter. Das Volumen an ausstehenden Anleihen stieg im April um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr, nachdem in den ersten drei Monaten eine Rate von durchschnittlich 8,8 Prozent erreicht wurde. Das Volumen der Bankkredite an die nichtfinanziellen Unternehmen ist aber noch fast zweieinhalbmal so hoch wie das der Anleihen.

Produktion

Die Bruttowertschöpfung wird im Sommerhalbjahr trotz heftigen Gegenwindes wohl zunehmen. Insgesamt wird das Expansionstempo jedoch deutlich geringer ausfallen, als wir in unserer Frühjahrsprognose erwartet hatten. So hat in den von der Pandemie besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen anders als erwartet bereits im ersten Quartal eine leichte Erholung eingesetzt, so dass das Aufholpotenzial für die Sommermonate geringer ist. Zudem sind die Verbraucherpreise stärker gestiegen als im Frühjahr prognostiziert, so dass die Dynamik in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen angesichts der geschmälernten real verfügbaren Einkommen wohl niedriger sein wird. Die Frühindikatoren deuten auf eine schwache Entwicklung im zweiten Quartal hin. So ist das Geschäftsklima deutlich gesunken und die Einzelhandelsumsätze und die Industrieproduktion lagen im April merklich unterhalb des Niveaus vom ersten Quartal. Einigen gängigen Prognosemodellen zufolge ([Hauber 2018](#)) könnte die Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal zurückgehen. Insgesamt gehen wir aber von einem leichten Anstieg der Bruttowertschöpfung im zweiten Quartal aus. Dafür spricht, dass die Eintrübung des Geschäftsklimas vor allem auf die Erwartungskomponente zurückgeht und die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage bis in den Mai hinein günstiger beurteilt haben als im ersten

Quartal. Zudem zeichnet sich eine sehr kräftige Erholung bei den besonders von der Pandemie gebeutelten kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen ab, die in gesamtwirtschaftlichen Prognosemodellen nur schwer abgebildet werden können.² In der zweiten Jahreshälfte dürfte die Bruttowertschöpfung in deutlich höherem Tempo zulegen. Voraussetzung dafür ist, dass die Lieferengpässe allmählich nachlassen und sich so die nach wie vor gute Auftragslage der Unternehmen in eine steigende Produktion übersetzen kann. Auch gehen wir davon aus, dass sich die Erholung in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen trotz der hohen Inflation fortsetzt.

Mit dem Nachlassen der Lieferengpässe wird die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe rasch hochgefahren. Das Produktionsniveau im Verarbeitenden Gewerbe wird weiterhin durch die Lieferengpässe bestimmt. Im April lag die Industrieproduktion trotz der jüngsten kräftigen Rückgänge der Auftragseingänge um rund 10 Prozent unterhalb des Niveaus, das angesichts der guten Auftragslage ohne Lieferengpässe zu erwarten gewesen wäre ([Beckmann und Jannsen 2021](#); [Beckmann et al. 2021](#)). Zudem haben sich aufgrund der Lieferengpässe mittlerweile zusätzliche Auftragsbestände im Umfang von mehr als 15 Prozent einer Jahresproduktion aufgetürmt. Nachdem gegen Ende des vergangenen Jahres eine Erholung bei der Industrieproduktion eingesetzt hatte, kam es zuletzt zu einem neuerlichen Rückschlag, da sich die Lieferengpässe kriegsbedingt wieder verschärft hatten. Im zweiten Quartal dürfte sich die Produktion in etwa auf dem im April verzeichneten Niveau bewegen, so dass die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im zweiten Quartal wohl um etwa 2 Prozent niedriger ausfällt als im ersten Quartal. Zwar dürften sich die fehlenden Vorleistungen aufgrund der Produktionsstörungen in China angesichts der Lieferzeiten wohl erst im Mai und Juni voll bemerkbar machen. Jedoch zeichnet sich im Automobilbau, der im März aufgrund ausbleibender Zulieferungen aus der Ukraine deutlich zurückgefahren wurde, bereits wieder eine spürbare

Belebung ab. Sofern neuerliche Belastungen ausbleiben, dürften die Lieferengpässe ab der zweiten Jahreshälfte allmählich nachlassen und die Produktion angesichts der guten Auftragslage bis an die Kapazitätsgrenze hochgefahren werden. Der hohe Auftragsbestand würde dabei auch kurzfristige weitere Rückgänge bei den Auftragseingängen – beispielsweise aufgrund der kriegsbedingten Unsicherheit oder der langen Lieferzeiten – abfedern. Die maximalen Produktionskapazitäten dürften sich derzeit in etwa auf dem Produktionsniveau des Jahres 2018 bewegen, als die Industrie letztmals nahezu unter Volllast produzierte. Vor diesem Hintergrund rechnen wir mit einem Anstieg der industriellen Bruttowertschöpfung im laufenden Jahr von 0,4 Prozent. Im Jahr 2023 dürfte sie um rund 9 Prozent steigen.

In den konsumnahen Dienstleistungsbranchen wird sich die Erholung trotz der hohen Inflation fortsetzen. So deuten Frühindikatoren, wie Mobilitätsdaten oder Online-Buchungen, auf eine kräftige Erholung in den von der Pandemie besonders gebeutelten Branchen im zweiten Quartal hin. Diesen Indikatoren zufolge dürften die Umsätze alleine im Gastgewerbe im Mai um etwa 30 Prozent oberhalb des Niveaus vom ersten Quartal gelegen haben. Demgegenüber dürfte die Wertschöpfung im Bereich Handel zurückgehen; darauf deuten nicht zuletzt die schwachen Einzelhandelsumsätze im April hin. Im weiteren Verlauf wird die Wertschöpfung in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen zwar aufwärtsgerichtet sein, allerdings hinter ihre Vorkrisentrends zurückfallen, da sich die real verfügbaren Einkommen aufgrund der hohen Inflation deutlich schwächer entwickeln als vor der Pandemie. Die Wertschöpfung bei den unternehmensnahen Dienstleistern dürfte demgegenüber mit der Erholung im Verarbeitenden Gewerbe deutlich zulegen.

² Dies liegt daran, dass für diese Branchen nur wenig belastbare Frühindikatoren für lange Zeiträume vorliegen und diese Branchen vor der Pandemie einen geringeren Einfluss auf konjunkturelle Schwankungen

hatten. Neuere Frühindikatoren, wie Mobilitäts- oder Buchungsdaten liegen zudem nur für sehr kurze Zeiträume vor, so dass sie schwerer anhand von Zeitreihenmodellen ausgewertet werden können.

Außenhandel

Das Exportgeschäft wird nach wie vor von Lieferengpässen bestimmt. Im ersten Quartal gingen die Exporte erwartungsgemäß zurück, wofür nicht zuletzt die Invasion Russlands in die Ukraine verantwortlich war. So brachen die Lieferungen nach Russland, die vor Ausbruch des Krieges einen Anteil von 2 Prozent an den gesamten Warenexporten hatten, im März gegenüber dem Vormonat um rund 60 Prozent ein. Zudem belasteten ausbleibende Lieferungen von Vorprodukten aus den Kriegsländern die Produktion und die Exporte, insbesondere in der Automobilbranche. Im laufenden Quartal dürften die Exporte verhalten gestiegen sein. So waren die preisbereinigten Monatsdaten im Spezialhandel im April wieder aufwärtsgerichtet, und die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich nach ihrem Absturz im März aufgrund des Schocks durch den Kriegsausbruch wieder etwas verbessert. Gleichzeitig haben die produktionsbehindernden Engpässe wohl kaum nachgelassen, auch weil wegen des Lockdowns in Teilen Chinas Lieferungen im Mai und Juni ausgeblieben sein dürften. Die fortschreitende Erholung der Dienstleistungsexporte von der Pandemie dürfte dagegen gestützt haben. Im weiteren Verlauf steigen die Exporte kräftig. Zwar hat sich das weltwirtschaftliche Umfeld zuletzt weiter eingetrübt (Gern et al. 2022), aber das Exportgeschäft wird von seinem hohen Auftragsbestand profitieren, sobald die Lieferengpässe nachlassen. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg von 3,4 Prozent im laufenden Jahr, gefolgt von 6,5 Prozent im Jahr 2023.

Die Importe entfalten vorübergehend recht wenig Dynamik. Im ersten Quartal verlangsamte sich die Erholung bei den Einfuhren. Wie in unserer Frühjahrsprognose erwartet, wurden weniger Waren – vor allem Investitionsgüter – aus dem Ausland bezogen als im Schlussquartal des vergangenen Jahres. Dagegen stiegen die Importe von Dienstleistungen überaus kräftig und verhinderten so einen Rückgang der Importe insgesamt. Eine schwungvolle Aufwärtsbewegung bei den Dienstleistungen, insbesondere im Reiseverkehr, hatten wir erst im Sommerhalbjahr verortet. Im laufenden Quartal sind die gesamten Importe wohl abermals verhalten gestiegen. So zeigen die preisbereinigten Daten zum Spezialhandel im April eine schwache

Entwicklung der Warenimporte an. Dagegen dürfte sich die Erholung der Dienstleistungsimporte fortgesetzt haben. Im zweiten Halbjahr steigen die Importe wieder dynamischer, da sich dann die heimische Nachfrage nach Investitionsgütern belebt und die Normalisierung der Dienstleistungsimporte weiter fortschreitet. Insgesamt dürften die Importe im Jahr 2022 um 6,6 Prozent steigen. Für das Jahr 2023 rechnen wir mit einem Anstieg um 5,6 Prozent.

Der Krieg in der Ukraine verschärft den Preisaufrtrieb im Außenhandel, die stark verschlechterten Terms-of-Trade erholen sich im Prognosezeitraum kaum. Im ersten Quartal setzte sich die hohe Preisdynamik im Außenhandel fort. Die Terms of Trade verschlechterten sich weiter, wenngleich aufgrund der zunehmenden Dynamik bei den Exportpreisen weniger stark als zum Jahresende 2021. Die Preissteigerungen bei Rohstoffen infolge des Krieges dürften sich im laufenden Quartal in den VGR zeigen. So deuten die monatlichen Preise im Außenhandel auf eine nochmalige Zunahme der Preisdynamik und eine weitere Verschlechterung der Terms of Trade hin. Im weiteren Verlauf nimmt der Preisaufrtrieb gegeben unserer Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen allmählich ab. Im kommenden Jahr werden bei leicht rückläufigen Ölpreisen die Exportpreise etwas stärker steigen als die Importpreise. Die Verschlechterung der Terms of Trade wird mit 3,9 Prozent im laufenden Jahr wohl weniger stark ausfallen, als noch in unserer Frühjahrsprognose erwartet. Maßgeblich ist, dass die Exportpreise zuletzt deutlicher gestiegen sind als prognostiziert. Im kommenden Jahr werden sich die Terms-of-Trade um 0,3 Prozent verbessern.

Heimische Absorption

Die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen wird massiv durch die hohe Inflation belastet. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden nominal im laufenden Jahr um voraussichtlich 5,7 Prozent und in 2023 um 4,6 Prozent kräftig steigen, nachdem sie im Jahr 2020 krisenbedingt kaum mehr als stagniert hatten und im vergangenen Jahr eine vorsichtige Erholung eingesetzt hat. So werden die Bruttolöhne und -gehälter mit der sich fortsetzenden Besserung am Arbeitsmarkt in deutlich

erhöhtem Tempo zulegen. Auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, die sich im Jahr 2021 noch deutlich unterhalb ihres Vorkrisenniveaus befanden, werden mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung spürbar steigen. Die monetären Sozialleistungen werden im laufenden Jahr trotz des Rückgangs der Kurzarbeit deutlich mit 3,5 Prozent zulegen – wegen der starken Rentenanpassung zur Jahresmitte und der zusätzlichen Transfers aus den Entlastungspaketen wie der Energiepreispauschale. Mit Wegfall dieser Entlastungspakete stellt sich im kommenden Jahr ein Plus von 2,6 Prozent ein. Der hohe Preisauftrieb – im laufenden Jahr dürfte der Deflator der privaten Konsumausgaben um mehr als 7 Prozent steigen und im kommenden Jahr um etwa 4 Prozent – belastet die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen jedoch massiv. Im laufenden Jahr werden die real verfügbaren Einkommen deshalb nochmals deutlich zurückgehen, bevor sie im kommenden Jahr steigen. Insgesamt werden sie im Jahr 2023 deutlich niedriger ausfallen als vor Beginn der Pandemie.

Die Kaufkraftverluste dämpfen die Erholung des privaten Konsums. Die Erholung infolge des nachlassenden Pandemiegeschehens fällt verhaltener aus als in früheren Pandemiewellen. Maßgeblich ist die hohe Inflation, die die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen deutlich verringert. Insgesamt gehen wir nun von einer deutlich langsameren Erholung aus als in unserer Frühjahrsprognose. Erstens setzte bereits im ersten Quartal eine leichte Erholung ein – im Frühjahr waren wir von einem weiteren pandemiebedingten Rückschlag ausgegangen – und auch der Rückgang im vierten Quartal wird vom Statistischen Bundesamt mittlerweile geringer ausgewiesen als vor drei Monaten, so dass das Aufholpotenzial insgesamt geringer ist. Zweitens machen sich die Preiserhöhungen offenbar erst jetzt beim privaten Konsum stärker bemerkbar; im Frühjahr waren wir davon ausgegangen, dass sie bereits im ersten Quartal merklich dämpfen. Drittens sind die real verfügbaren Einkommen deutlich niedriger als von uns im Frühjahr erwartet, weil die Verbraucherpreise stärker gestiegen sind. Im zweiten Quartal dürften die Konsumaus-

gaben kaum mehr als stagniert haben. Zwar deuten Frühindikatoren, wie die Mobilitätsdaten oder Online-Buchungen bei Gaststätten, darauf hin, dass sich die Erholung in den kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen im zweiten Quartal in deutlich beschleunigtem Tempo fortgesetzt hat. Neben dem merklich eingetrübten Konsumklima der privaten Haushalte spricht jedoch insbesondere der Rückschlag bei den Einzelhandelsumsätzen im April für eine schwache Entwicklung. Zum Teil dürften sich hier die hohen Energiepreissteigerungen der Vormonate bemerkbar gemacht haben, zumal sich die Einzelhandelsumsätze während der Pandemie robust entwickelt hatten und hier keine pandemiebedingte Erholung aussteht. Zum Teil dürften sie allerdings auch Resultat der lebhaften Erholung beim Gastgewerbe widerspiegeln, sind doch die Umsätze bei Lebensmitteln besonders deutlich zurückgegangen. Im weiteren Verlauf dürften die privaten Konsumausgaben mit höheren Raten zulegen, da sich die Erholung von der Pandemie fortsetzt und die privaten Haushalte nach der Konsumzurückhaltung während der Pandemie Nachholbedarf haben. Zum Teil speist sich die Erholung beim privaten Konsum aus den während der Pandemie zusätzlich angehäuften Ersparnissen in Höhe von rund 200 Mrd. Euro bzw. rund 10 Prozent der jährlichen verfügbaren Einkommen. Wir gehen wie im Frühjahr davon aus, dass die privaten Haushalte im Jahr 2023 etwa 20 Prozent dieser zusätzlichen Ersparnisse für Konsumausgaben aufwenden.³ Die Sparquote wird demzufolge im Jahr 2023 mit 9,1 Prozent ihr Vorkrisenniveau deutlich unterschreiten.

Die Unternehmen werden ihre Investitionen trotz erhöhter Unsicherheit kräftig ausweiten. Das Investitionsumfeld hat sich zuletzt eingetrübt, da sich die Unsicherheit bezüglich der Absatzaussichten durch den Krieg in der Ukraine und die hohe Inflation erhöht hat. In der Folge sind die inländischen Auftragseingänge für Investitionsgüter zuletzt zurückgegangen. Für das zweite Quartal deuten die Frühindikatoren, wie die Inlandsumsätze und die Produktion der Investitionsgüterhersteller, auf einen deutlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen hin. Maßgeblich dürfte vor allem die jüngste

³ Diese Annahme steht im Einklang mit Verbraucherbefragungen, denen zufolge die privaten Haushalte planen, einen Teil ihrer zusätzlichen Ersparnisse für

Konsumzwecke zu verwenden (Deutsche Bundesbank 2022).

Zunahme der Lieferengpässe sein, die die Industrieproduktion stört.⁴ Sobald die Lieferengpässe allmählich nachlassen – wir rechnen damit ab der Jahresmitte – dürften die Ausrüstungsinvestitionen in hohem Tempo ausgeweitet werden. Dafür spricht, dass sich die Auftragseingänge trotz der jüngsten Rückgänge immer noch in etwa auf ihrem Vorkrisenniveau befinden, während die Ausrüstungsinvestitionen noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau liegen. Zudem hat sich seit Beginn der Pandemie der inländische Auftragsbestand für Investitionsgüter um etwa 40 Prozent erhöht. Mittelfristig haben sich die Wachstumsaussichten durch die Pandemie zudem wohl kaum eingetrübt (Ademmer et al. 2021: Kasten 1), so dass sich der Investitionsbedarf von dieser Seite her kaum verringert hat. Durch die hohen Energiepreise und die Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Produktion dürfte der Investitionsbedarf zudem für viele Unternehmen eher zunehmen. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um etwa 2 Prozent und im Jahr 2023 um rund 13 Prozent steigen werden. Zusätzlich angeschoben werden die Ausrüstungsinvestitionen dabei auch von den deutlich höheren Rüstungsausgaben, die im Jahr 2023 etwa 4 Prozentpunkte zur Zuwachsrate beitragen dürften.

Die Bauinvestitionen sind in der Tendenz deutlich aufwärtsgerichtet. Die Bedingungen für Bauvorhaben haben sich zuletzt eingetrübt. So wird die Bauproduktion weiterhin durch Materialengpässe spürbar behindert, und die Materialkosten sind in diesem Zuge sprunghaft gestiegen. Zudem sind die Hypothekenzinsen gestiegen. Die Frühindikatoren deuten auf einen spürbaren Rückgang der Bauinvestitionen im zweiten Quartal hin. Dazu dürften die Materialengpässe und das Aussetzen von Bauvorhaben aufgrund der stark gestiegenen Kosten beitragen. Sobald wieder mehr Material verfügbar wird, werden die Bauinvestitionen voraussichtlich wieder deutlich zunehmen. So ist die Auftragslage nach wie vor gut, und die Baugenehmigungen sind zuletzt deutlich gestiegen. Insgesamt wird der Bedarf an Bauvorhaben wohl

mittelfristig hoch bleiben. Da die Bauaktivität in den vergangenen Jahren vor allem durch die Produktionskapazitäten bei den Unternehmen beschränkt wurde, würde sich eine – angesichts der schlechteren Finanzierungsbedingungen und höheren Baukosten – geringere Nachfrage zudem zunächst vor allem bei den Preisen und weniger beim Bauvolumen bemerkbar machen. Insgesamt rechnen wir deshalb damit, dass die Bauinvestitionen in einem ähnlichen Tempo wie – durchschnittlich – in den vergangenen Jahren ausgeweitet werden. Der Deflator der Bauinvestitionen dürfte in diesem Jahr mit knapp 12 Prozent so stark steigen wie nie zuvor im wiedervereinigten Deutschland. Für das Jahr 2023 rechnen wir mit einem Anstieg von 4,7 Prozent.

Verbraucherpreise

Der hohe Preisdruck hält an. Der Preisdruck ist bereits seit einiger Zeit breit angelegt (Boysen-Hogrefe et al. 2022: Kasten 2). Er geht inzwischen deutlich über die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln hinaus, dementsprechend zog auch die Kernrate weiter an. Die hohen Preissteigerungen auf den vorgelagerten Produktionsstufen seit Mitte des vergangenen Jahres werden erst nach und nach an die Verbraucher weitergegeben und halten den Preisaufrtrieb auf der Verbraucherstufe auch in den kommenden Monaten hoch ([Boysen-Hogrefe 2022](#)). Durch den Krieg in der Ukraine haben sich die ohnehin schon bestehenden Lieferengpässe nochmals verschärft. Das dadurch weiterhin verknappte Angebot trifft auf eine starke Nachfrage seitens der Haushalte. Durch die staatlichen Stabilisierungsmaßnahmen der Einkommen und die eingeschränkten Konsummöglichkeiten während der Pandemie haben sich zusätzliche Ersparnisse von rund 200 Mrd. Euro angehäuft. Diese erhöhen nun die Zahlungsbereitschaft seitens der Verbraucher, zumal sie über längere Zeit auf ihren gewohnten Konsum verzichten mussten.

Die aktuellen Inflationsraten befinden sich auf historisch hohen Niveaus. Im Mai erreichte die Inflationsrate mit 7,9 Prozent nahezu einen

⁴ Zwar sind die Lieferengpässe in vielen Lieferländern deutlich weniger ausgeprägt als in Deutschland. Allerdings lag der Anteil der direkten Importe bei den Ausrüstungsinvestitionen und sonstigen Anlageinvesti-

tionen zuletzt bei rund 1/3, so dass die hiesigen Lieferengpässe die Investitionstätigkeit deutlich bremsen dürften.

Rekordwert seit Erfassung der Daten. Raten von über 7 Prozent, wie sie seit März zu verzeichnen sind, liegen über denen im Wiedervereinigungsboom und auf dem Niveau während der Ölkrise in den Jahren 1973/74 und 1981. Die Kernrate (ohne Energie) betrug im Mai 4,5 Prozent, nach 4,3 und 3,6 Prozent im April und März. Auch die Preise für Energie zogen weiterhin deutlich an. Im Mai verteuerten sie sich um 38,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Beiträge der Energiekomponenten auf die Verbraucherpreise sind derzeit sehr hoch. Im Mai ließen allein Kraftstoffe und Heizöl die Inflationsrate um 1,4 und 0,9 Prozentpunkte steigen. Die Verteuerung von Strom und Gas trug weitere 0,6 und 1 Prozentpunkte bei. Der Beitrag der Energiekomponente zur Inflationsrate lag im April bei 3,7 Prozentpunkten und erhöhte sich im Mai auf 4 Prozentpunkte. Ein Beitrag in dieser Größenordnung zeichnet sich auch für den Juni ab. Entspannungen im Bereich der Energie würden zunächst bei Kraftstoffen und Heizöl auftreten, wenn die Rohölpreise entsprechend unserer Annahme ab dem dritten Quartal des laufenden Jahres leicht sinken. Für Strom und Gas ist aufgrund der längerfristigen Verträge auf der Verbraucherebene mit einem allmählichen Überwälzungsprozess zu rechnen. Einige Sonderfaktoren dürften indes dämpfend auf die Inflation wirken. Die Abschaffung der EEG-Umlage ab Juli wird die Inflationsrate im zweiten Halbjahr um etwa 0,3 Prozentpunkte senken (Einfluss auf die Jahresrate: -0,15 Prozentpunkte). Das 9-Euro-Ticket dürfte die Inflationsrate ab Juni für drei Monate um etwa 0,4 Prozentpunkte drücken (Einfluss auf die Jahresrate: -0,1 Prozentpunkte). Bei voller Weitergabe würde der Tankrabatt mit rund 17 Cent auf Diesel und 36 Cent auf Benzin die Inflationsrate um etwa 0,5 Prozentpunkte von Juni bis August senken (Einfluss auf die Jahresrate: -0,125 Prozentpunkte). Das Ausmaß der tatsächlichen Weitergabe ist allerdings nicht beobachtbar. Die Kraftstoffpreise sind bislang kaum zurückgegangen, wozu aber wohl auch höhere Beschaffungspreise beigetragen haben. Alles in allem wird die Inflation angesichts der preistreibenden Rahmenbedingungen voraussichtlich noch für einige Zeit auf sehr hohem Niveau liegen. Im Jahr 2022 dürfte der Verbraucherpreisanstieg mit rund 7,4 Prozent sehr hoch ausfallen. Im Jahr 2023, wenn die Lieferengpässe nachlassen und von den Rohölpreisen keine weiteren

Impulse auf die Inflationsrate mehr ausgehen, wird die Inflation wohl auf 4,2 Prozent sinken.

Arbeitsmarkt

Die Löhne und Gehälter steigen so stark wie seit 30 Jahren nicht mehr, werden aber wohl hinter den Verbraucherpreisanstieg zurückbleiben. Für das Jahr 2022 stehen die Tarifverdienste weitestgehend fest. Die anstehenden Verhandlungen in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie werden das Jahresergebnis kaum beeinflussen, da sie erst im Herbst beginnen. Gleiches gilt für die chemische Industrie, in der im April eine Einmalzahlung und eine Fortsetzung der Verhandlungen im Herbst vereinbart wurden. Angesichts der vorliegenden Abschlüsse werden die Tarifverdienste in diesem Jahr voraussichtlich um 2,8 Prozent zulegen. Damit steigen sie zwar deutlich stärker als im vergangenen Jahr, als der Zuwachs mit 1,6 Prozent krisenbedingt gering ausfiel, allerdings weit aus schwächer als die Verbraucherpreise. Für die anstehenden Tarifverhandlungen im Prognosezeitraum gehen wir von Abschlussraten zwischen 4 und 5 Prozent aus. Allerdings stehen in einer Reihe von Branchen die Tarifverdienste auch für das kommende Jahr bereits ganz oder größtenteils fest (Bauhauptgewerbe, privates Transport- und Verkehrsgewerbe, Gebäudereinigerhandwerk, Bankgewerbe, Versicherungsgewerbe, Druckindustrie, Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie; öffentlicher Dienst der Länder bis September 2023, Einzelhandel sowie Groß- und Außenhandel bis April 2023). Aufgrund dieser weit ins Jahr reichenden Tarifverträge und auf Basis der unterstellten Abschlussraten für neue Tarifverträge ergibt sich für das Jahr 2023 ein Anstieg der Tarifverdienste von 3,8 Prozent; dies wäre der höchste Zuwachs seit dem Jahr 1995.

Die gesamtwirtschaftlichen Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) werden spürbar schneller steigen als die Tarifverdienste. Die Lohndrift beträgt unserer Prognose zufolge 2 Prozentpunkte im Jahr 2022 und 1,2 Prozentpunkte im Jahr 2023. Während im laufenden Jahr das deutlich geringere Ausmaß der Kurzarbeit im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich ist (Beitrag von 1,7 Prozentpunkten zur Lohndrift), spielt mit fortschreitender

Zeit der höhere allgemeine Preisauftrieb und der dadurch steigende Verteilungsspielraum eine zunehmend wichtigere Rolle. Zudem haben Arbeitskräfteknappheiten einen historischen Höchststand erreicht; mittlerweile beklagen knapp 40 Prozent der Unternehmen, dass Arbeitskräftemangel ein Produktionshindernis darstellt. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro brutto je Stunde zum 1. Oktober 2022 erhöht die effektiven Stundenverdienste unseren Schätzungen zufolge *ceteris paribus* um 0,9 Prozent (Ademmer et al. 2022: Kasten 3). Hinzu kommt ein Kompositionseffekt von 0,4 Prozentpunkten aufgrund eines Stellenverlusts und eines Rückgangs der Arbeitszeit der betroffenen Arbeitnehmer, die wir infolge der Mindestlohnerhöhung erwarten. Der Rückgang der Arbeitszeit führt auch dazu, dass die Monatsverdienste je Arbeitnehmer weniger stark steigen als die Stundenverdienste. Im laufenden Jahr beträgt der Effekt der Mindestlohnerhöhung auf den Anstieg der Pro-Kopf-Verdienste unserer Prognose zufolge 0,2 Prozentpunkte, im kommenden Jahr 0,6 Prozentpunkte. Alles in allem dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer um 4,8 Prozent (2022) bzw. 5,0 Prozent (2023) sehr kräftig zulegen.

Die Erholung der Erwerbstätigkeit von der Corona-Krise setzt sich ungeachtet des Kriegs in der Ukraine fort. Der Ausbruch des Kriegs in der Ukraine hat bislang kaum Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Kurzarbeit (Beschäftigtenäquivalent) sank zwischen Januar und März – nach einem geringfügigen Anstieg um die Jahreswende –, und die ifo Schätzung auf Basis von Unternehmensbefragungen deutet für April und Mai auf einen fortgesetzten Abbau hin. Die Zahl der Erwerbstätigen erholte sich bis April ungebremst weiter und überschritt erstmals das Niveau aus der Vor-Corona-Zeit zu Beginn des Jahres 2020.⁵ Die Arbeitslosigkeit sank bis Mai weiter und lag ebenfalls wieder auf Vorkrisenniveau. Frühindikatoren wie das ifo

Beschäftigungsbarometer und das IAB-Arbeitsmarktbarometer befinden sich am aktuellen Rand auf hohen Niveaus, was auf einen robusten Beschäftigungszuwachs für das zweite und dritte Quartal hindeutet. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte das Tempo allerdings abnehmen. Die Erholung der Erwerbstätigkeit von der Corona-Krise wird dann weit vorangeschritten sein. Zudem wird zum 1. Oktober 2022 der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro je Stunde erhöht. Angesichts der hohen Eingriffintensität gehen wir von Beschäftigungsverlusten aus, die sich nach und nach materialisieren und so den Anstieg der Erwerbstätigkeit dämpfen werden (Ademmer et al. 2022: Kasten 3). Schließlich wird sich im kommenden Jahr bemerkbar machen, dass das Arbeitskräfteangebot alterungsbedingt wohl seinen Zenit erreichen wird. Die Fluchtmigration aus der Ukraine dürfte sich bei der Erwerbstätigkeit erst allmählich bemerkbar machen. Die Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit werden hingegen wohl deutlich früher sichtbar werden; die Zahl der Arbeitslosen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit ist im Mai bereits sprunghaft gestiegen.⁶

Die Stundenproduktivität schwächelt im laufenden Jahr. Die kräftige Erholung am Arbeitsmarkt führt dazu, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des laufenden Jahres deutlich über dem Niveau des Vorjahres liegen wird (1,5 Prozent). Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen steigt ebenfalls (0,8 Prozent), vor allem weil die Kurzarbeit im laufenden Jahr auf einem viel niedrigeren Niveau liegt als im vergangenen Jahr. In der Summe steigt das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen somit sehr kräftig um 2,3 Prozent. Für das laufende Jahr zeichnet sich daher eine schwache Arbeitsproduktivität je Stunde ab; in unserer Prognose sinkt sie um 0,3 Prozent. Ein Grund hierfür könnte sein, dass in diesem Jahr die Erholung von der Pandemie nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Folgen des Kriegs in der Ukraine

⁵ Vom kontrafaktischen Niveau ohne Corona-Krise dürfte die Erwerbstätigkeit freilich noch ein ganzes Stück weit entfernt sein.

⁶ Wir nehmen an, dass die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland im Jahresdurchschnitt 2022 rund 500 000 Personen und im Jahresdurchschnitt 2023 knapp 800 000 Personen beträgt. Um die Folgen für den Arbeitsmarkt abzuleiten, orientieren wir

uns an den Annahmen von Gartner et al. (2022) bzgl. des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter (45 Prozent), der Erwerbsbeteiligung (60 Prozent), der Beteiligung an Kursen und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (90 Prozent) sowie der monatlichen Abgangsrate aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung (5 Prozent).

schwächer ausfällt als erwartet, die Unternehmen angesichts der rekordhohen Arbeitskräfteknappheit allerdings in starkem Ausmaß an ihren Beschäftigten festhalten, zumal der Auftragsbestand hoch ist. Die Arbeitsproduktivität wird zudem durch einen – wenn auch geringen – Kompositionseffekt gedämpft, da sich die Wirtschaftsbereiche mit einer unterdurchschnittlichen Arbeitsproduktivität (Dienstleistungen) stärker expandieren als die mit einer überdurchschnittlichen Arbeitsproduktivität (Verarbeiten des Gewerbe).

Öffentliche Finanzen

Die jüngsten Zahlen zu den öffentlichen Finanzen haben positiv überrascht. Insbesondere die umsatz- und gewinnabhängigen Steuereinnahmen sind in den ersten Monaten des Jahres kräftig gestiegen. Im ersten Quartal war der Budgetsaldo des Gesamtstaates laut VGR nahezu ausgeglichen. In den kommenden Quartalen kommt es zwar durch die Entlastungspakete, die kräftige Rentenanhebung zum 1. Juli und zusätzliche Ausgaben im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine zu Mehrausgaben, doch entfallen auch Belastungen, die im Zuge der Corona-Pandemie aufgetreten sind, so dass der Fehlbetrag im laufenden Jahr deutlich niedriger ausfallen dürfte als im Jahr 2021.

Die Einnahmen des Staates legen deutlich zu, wenn auch mit geringerem Tempo als im Jahr 2021. Die Steuereinnahmen profitieren von dem deutlichen Plus der nominalen Konsumausgaben und dem robusten Arbeitsmarkt. Zudem gehen wir davon aus, dass die Unternehmenssteuern weiter stärker zunehmen als die gesamtwirtschaftlichen Gewinngrößen. Gedämpft wird der Anstieg von der temporären Absenkung der Energiesteuersätze für Benzin und Diesel sowie den Anhebungen des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer, der Pendlerpauschale für Fernpendler und der Werbungskostenpauschale. Nur unwesentlich schwächer dürfte das Plus bei den Sozialversicherungseinnahmen sein, die ebenfalls von der Erholung am Arbeitsmarkt profitieren. Zugleich wurden die Beitragsätze in der Pflegeversicherung und Zusatzbeiträge von vielen Krankenversicherungen erhöht. Die sonstigen Einnahmen des Staates dürften mit deutlich geringerem Tempo anziehen als im

Vorjahr, unter anderem weil zwar weiterhin Mittel aus dem NextGenerationEU-Programm an Deutschland fließen, diese aber deutlich weniger stark zulegen als im Vorjahr.

Der Ausgabenanstieg legt im laufenden Jahr eine Pause ein. Maßgeblich ist ein scharfer Rückgang der Subventionen, die sich nahezu halbieren. Insbesondere Unternehmenshilfen im Zuge der Corona-Pandemie entfallen, so unter anderem die Erstattungen von Sozialbeiträgen durch die Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Kurzarbeit. In Aussicht gestellte Unternehmenshilfen für von Energiepreisanstiegen besonders betroffenen Unternehmen werden dies nicht aufwiegen. Ebenfalls dürften die Gütersubventionen sinken, da durch den hohen Strompreis staatliche Hilfen zur Deckelung bzw. Abschaffung der EEG-Umlage geringer ausfallen als im Vorjahr. Bei den Vermögenstransfers zeichnet sich ein leichter Rückgang ab. Zwar ist in der Tendenz angesichts von Investitionszuschüssen in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung mit einem merklichen Plus zu rechnen, doch entfallen im laufenden Jahr die Eigenkapitalhilfen an die Deutsche Bahn und Ausgleichszahlungen an die Betreiber von Kernkraftwerken. Deutlich aufwärtsgerichtet sind hingegen die Investitionsausgaben, unter anderem weil Erdgaslagerbestände aufgestockt werden. Ebenso dürften die monetären Sozialleistungen trotz des Rückgangs der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit sowie eines geringeren Kinderbonus als im Jahr 2021 stärker steigen, da zum 1. Juli die Renten kräftig angehoben werden und eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro für Erwerbstätige ausgereicht wird. Zudem gibt es Einmalzahlungen für Empfänger von Transfereinkommen. Ferner fallen zusätzliche Hilfszahlungen für Flüchtlinge aus der Ukraine an. Durch die zusätzliche Fluchtmigration dürften zudem Ausgaben für Vorleistungen weiter zulegen, obwohl diverse pandemiebezogene Ausgaben wohl entfallen. Insgesamt werden die Ausgaben des Staates im Jahr 2022 nur sehr verhalten steigen, freilich nach deutlichen Zuwächsen in den beiden Vorjahren.

Im Jahr 2023 dauert der Einnahmeanstieg unvermindert an. Die wirtschaftliche Expansion und insbesondere die Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter sorgen für steigende Staatseinnahmen. Die Beitragseinnahmen profitieren

zudem von höheren Beitragssätzen in der Arbeitslosenversicherung. Einem noch höheren Anstieg der Steuereinnahmen dürfte die turnusmäßige Verschiebung der Tarifeckwerte der Einkommensteuer zum Abbau der „kalten Progression“ sowie eine anstehende Reform der Rentenbesteuerung entgegenwirken. Zudem sorgen höhere Mauttarife für ein Plus bei den Verkäufen.

Die Ausgaben nehmen 2023 wieder Fahrt auf.

Insbesondere rechnen wir mit steigenden Ausrustungsinvestitionen, in denen sich Ausgaben des Sondervermögens Bundeswehr niederschlagen, und mit einem deutlichen Plus bei Investitionszuschüssen in den Bereichen Klima und Digitalisierung. Die Vorleistungskäufe hingegen dürften nach den deutlichen Anstiegen der Vorjahre nur noch schwach expandieren. Vergleichsweise gering dürften zudem die monetären Sozialleistungen zulegen. Zwar werden Regelsätze mit der Inflation deutlich steigen. Doch entfallen die Einmalzahlungen aus den Entlastungspaketen, und der Flüchtlingszustrom dürfte abebben bzw. vielen der Übergang in den Arbeitsmarkt gelingen. Insgesamt legen die Ausgaben aber in moderaterem Tempo zu als die Einnahmen, so dass das Budgetdefizit weiter sinkt. Der Bruttoschuldenstand wird wohl gegen Ende des Jahres wieder in die Nähe der 60-Prozent-Marke rutschen.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Die zuletzt auffälligen Vorratsveränderungen erhöhen die Prognoseunsicherheit. Ohne den Expansionsbeitrag der Vorratsveränderung in Höhe von 1,1 Prozentpunkten wäre das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal für sich genommen deutlich gesunken. Grundsätzlich dürften die Vorratsveränderungen systematisch über den Konjunkturzyklus schwanken (Sichel 1994). Für Deutschland liegen jedoch keine unterjährig originären Informationen zu den Vorratsveränderungen vor. Insgesamt haben sie in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen den Charakter einer Restgröße, die oft erratisch schwankt. Aus diesem Grund wird hierfür in Prognosen typischerweise eine expansionsneutrale Entwicklung unterstellt. Neben dem Zusammenspiel von Umsätzen und Produktion und Unternehmensbefragungen zum

Lagerbestand im Verarbeiten Gewerbe plausibilisiert das Statistische Bundesamt die Entwicklung der Vorratsveränderungen anhand der Abstimmung von Verwendungs- und Entstehungsrechnung zum Bruttoinlandsprodukt. Vor diesem Hintergrund könnte im ersten Quartal die im Vergleich zu den Warenexporten robuste Entwicklung der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zu einer Diskrepanz zwischen der Verwendungs- und Entstehungsrechnung geführt haben, die sich in dem positiven Lagerbeitrag widerspiegelt. Für das zweite Quartal rechnen wir mit einer gegenläufigen Entwicklung: Die Frühindikatoren deuten auf einen deutlichen Rückgang der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe hin, während wir in unserer Prognose von leicht steigenden Exporten ausgehen. Dies würde für sich genommen für einen deutlich negativen Beitrag der Vorratsveränderungen sprechen. Zwar lässt sich in der Vergangenheit zumindest unterjährig eine Korrelation mit der Diskrepanz zwischen Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und Exporten feststellen. Allerdings gibt es auch immer wieder größere Abweichungen. Insbesondere im vergangenen Jahr sind die Exporte unterjährig deutlich stärker gestiegen als die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe, ohne dass diese Entwicklung von den Vorratsveränderungen nachgezeichnet worden wäre. Zudem deuten die Umfragedaten darauf hin, dass sich die Lagerbestände ohne größere Schwankungen zuletzt durchgängig auf äußerst niedrigem Niveau befunden haben, was angesichts der Lieferengpässe plausibel ist. Schließlich würde ein stark negativer Beitrag der Vorratsveränderungen verwendungsseitig gegeben unsere Prognosen für die anderen Verwendungskomponenten für einen deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts sprechen, der in diesem Ausmaß nicht durch die Frühindikatoren angezeigt wird. Zwar könnte dies auch ein Indiz dafür sein, dass Korrekturbedarf bei den anderen Verwendungskomponenten besteht. Allerdings liegen für diese am jeweils aktuellen Rand in der Regel deutlich mehr Informationen vor als für die Vorratsveränderungen. Insgesamt bleiben wir deshalb bei unserer üblichen Vorgehensweise und unterstellen für unsere Prognose keinen Expansionsbeitrag der Vorratsveränderungen, zumal die Position der Vorratsveränderungen sehr revisionsanfällig ist (Döhrn 2019).

Die Corona-Phase erschwert die Diagnose der Produktionsmöglichkeiten. Der Konjunkturverlauf hängt maßgeblich davon ab, welches Produktionsniveau bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten möglich ist. Hieraus ergeben sich insbesondere das Aufholpotenzial wie auch die Einschätzung für eine mögliche temporäre Überauslastung. Im Zuge der Pandemie blieb die ökonomische Aktivität bedingt durch exogene Faktoren seit über zwei Jahren unter dem sonst möglichen Niveau zurück. Das erschwert die Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzials, da die Schätzverfahren empfindlich auf starke Aktivitätsänderungen am Ende des Stützzeitraums reagieren (Ademmer et al. 2019). Derzeit weisen sie am aktuellen Rand auf eine weiterhin deutliche gesamtwirtschaftliche Unterauslastung hin. Dies kontrastiert mit den Ergebnissen von Unternehmensbefragungen, denen zufolge das Normalniveau der Kapazitätsauslastung schon wieder erreicht ist. Auch klagen bereits heute schon nahezu alle Branchen über Arbeitskräftemangel auf einem bislang nicht verzeichneten Niveau. Die deutliche Diskrepanz zwischen der über Schätzverfahren abgeleiteten Produktionslücke und den Umfrageergebnissen verweist auf das Risiko, dass in der Kapazitätsauslastung weniger Luft nach oben ist, als in dieser Prognose unterstellt. In diesem Fall würde die realwirtschaftliche Expansionsdynamik im Prognosezeitraum schwächer und die Preisdynamik stärker ausfallen.

Das Risikoumfeld hat sich gegenüber dem Frühjahr kaum geändert. Weiterhin zeichnet sich kein Ende des Kriegs in der Ukraine und der damit verbundenen Beeinträchtigungen der ökonomischen Aktivität ab. Diese liegen neben der allgemeinen höheren Unsicherheit insbesondere im Rohstoffpreisanstieg, dem Sanktionsregime sowie in politischer Destabilisierung in ärmeren Ländern infolge ausbleibender Agrarrohstofflieferungen. Etwas gemildert ist gegenüber der Lage im März allerdings das Risiko einer ungenügenden Gasversorgung im kommenden Winter (Gornig et al. 2022), da es bislang zu keiner Unterbrechung der russischen Lieferungen gekommen ist und so bereits wieder höhere Speicherstände erreicht werden. Zudem kam es zu Fortschritten für das zukünftige Anlanden von Flüssiggas. Auch das Infektionsgeschehen und

die politische Reaktion darauf stellen weiterhin ein Risiko für die ökonomische Aktivität dar, insbesondere im kommenden Winterhalbjahr. Weiterhin bildet die Annahme zur Überwindung der Lieferengpässe nach wie vor ein beträchtliches Prognoserisiko. Schließlich beruht auch die Verwendung der während der Pandemie aufgestauten Kaufkraft auf einer Setzung, die sich nur auf Umfragen stützen kann, da ein solches Phänomen zuvor nicht in vergleichbarem Ausmaß beobachtet wurde.

Breitenwirksame Entlastungen wirken stabilisierungspolitisch kontraproduktiv. Der gegenwärtige Teuerungsdruck ist auch eine Folge der weltweit massiven fiskal- und geldpolitischen Stabilisierungsmaßnahmen während der Pandemiephase (Kooths 2022). Hierdurch sind im Privatsektor Einkommen entstanden, denen keine Güterproduktion gegenüberstand. Mangels Ausgabegerlegenheiten erhöhten sie zunächst die Ersparnis und werden nun zum Teil nachfragewirksam. Dies erhöht die Preise auf den Gütermärkten, wodurch sich ein Teil der zuvor künstlich geschaffenen Kaufkraft wieder abbaut. Versucht die Finanzpolitik nun, dem durch breit angelegte Entlastungspakete entgegenzuwirken, entstehen abermals staatlich alimentierte Einkommen, die dem Inflationsprozess neue Nahrung geben. Der Staat kann die Folgen von Preisanstiegen nur umverteilen, die Breite der Bevölkerung aber nicht entlasten. Dies spricht dafür, Hilfsmaßnahmen auf solche Haushalte zu beschränken, die sonst in ihrer sozioökonomischen Existenz gefährdet wären. Dies gelingt am besten, indem die entsprechenden nominalen Sozialleistungen zeitnah an die Inflationsentwicklung gekoppelt werden. Dies gilt auch für die Anpassung der Tarifeckwerte in der Einkommensteuer („kalte Progression“), sofern die Inflation auf der Einkommenseite der Steuerpflichtigen ankommt. Andernfalls führt der Ausgleich der „kalten Progression“ zu einer rückläufigen Steuerquote, was in einem inflationären Umfeld stabilisierungspolitisch nicht geboten ist.

Der Inflationsdruck stellt die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik auf die Probe. Derzeit bewegt sich die Inflation weitab der Raten, die die Europäische Zentralbank mittelfristig anpeilt. Weil sie diese Entwicklung nicht vorhergesehen hatte, hat sie bislang auch noch keine Gegenmaßnahmen ergriffen. Vielmehr hat sie während

der Pandemiephase, in der kein gesamtwirtschaftliches Nachfrageproblem vorlag, die staatlichen Defizite vollumfänglich durch Zentralbankgeldschöpfung finanziert und so zum gegenwärtigen Inflationsdruck beigetragen. Umso wichtiger wird nun die geldpolitische Reaktion. Zwar wurden zuletzt erste Signale zur Normalisierung der Geldpolitik gesendet, diese erfolgten jedoch sehr spät und fallen bislang angesichts der erheblichen Zielverfehlung zaghaft aus. Damit nimmt die Gefahr zu, dass sich die Inflationserwartungen entankern und sich der inflationäre Druck verfestigt, wodurch der Expansionsgrad der Nullzinspolitik sogar noch zunähme. Hierzu käme es insbesondere dann, wenn sich der Eindruck erhärtet, dass das Eurosystem aus Rücksicht auf hochverschuldete Mitgliedsländer einen weniger restriktiven Kurs fährt, als es das Mandat der Preisstabilität erfordert.

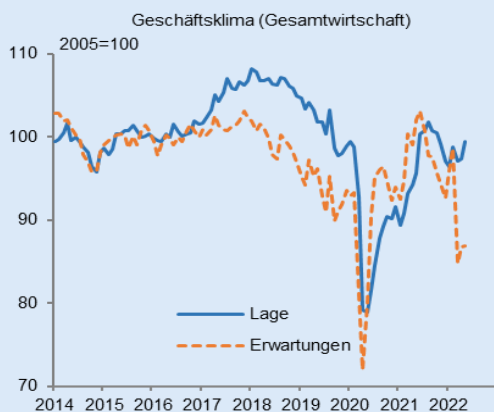
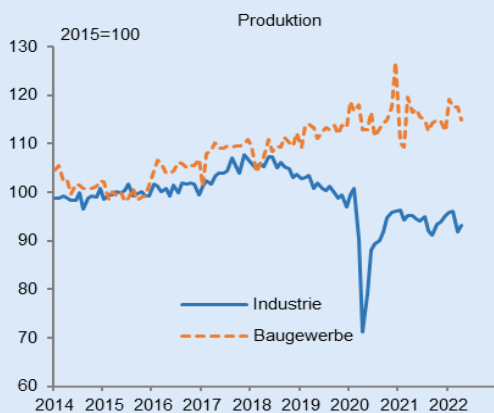
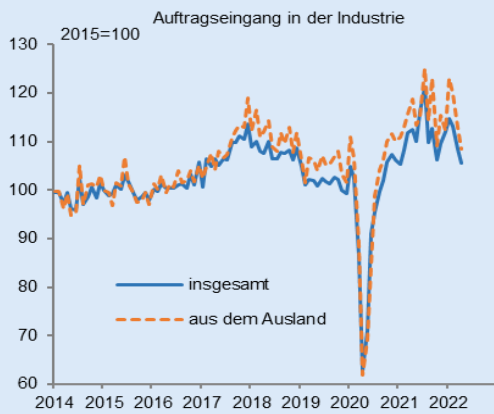
Datenanhang

INHALT

- 1. Konjunkturindikatoren..... 16
- 2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung 17
- 3. Außenwirtschaft 19
- 4. Inländische Verwendung 21
- 5. Wirtschaftsbereiche..... 23
- 6. Löhne 24
- 7. Beschäftigung 25
- 8. Öffentliche Finanzen 26
- 9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit 28
- 10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 29
- 11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 30
- 12. Hauptaggregate der Sektoren 33
- Literatur..... 36

1. Konjunkturindikatoren

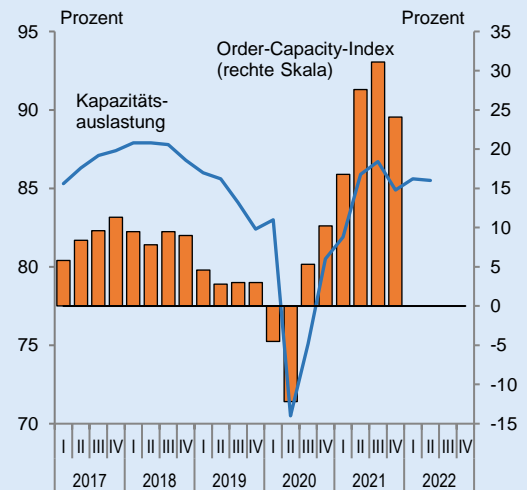
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

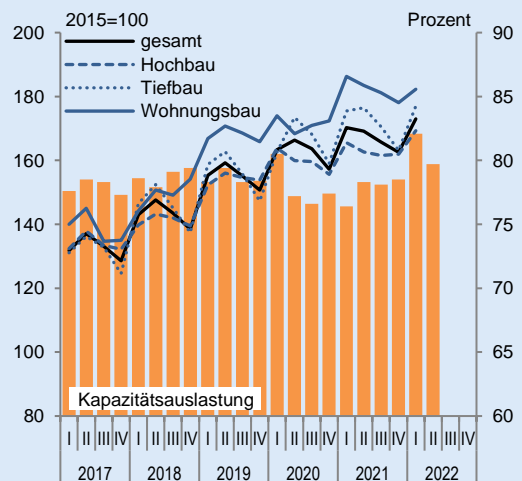
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: ifo Institut, *Konjunkturtest*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe

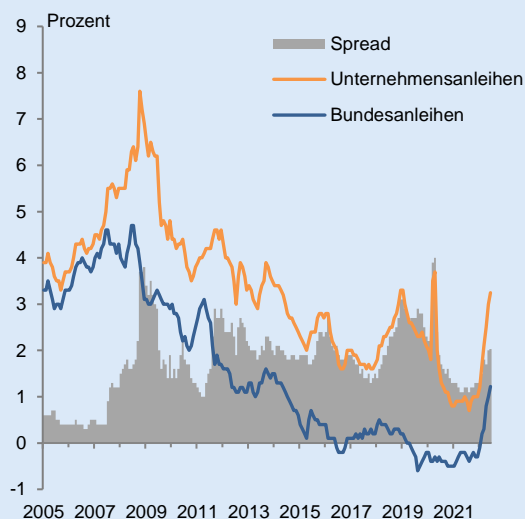


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

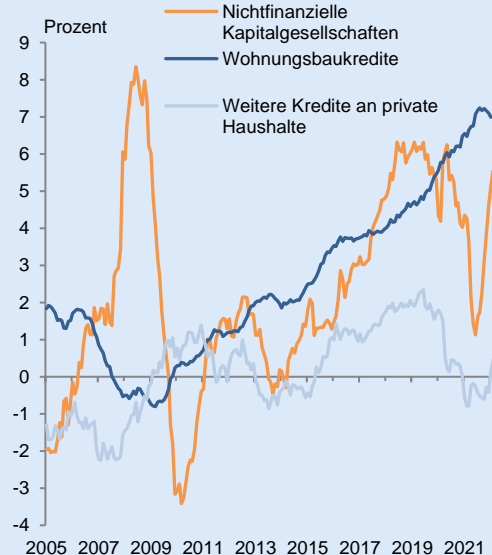
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen



Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Berechnungen des IfW Kiel.

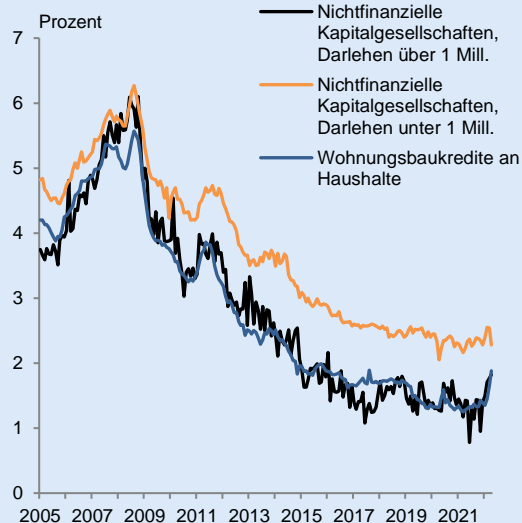
Abbildung 2.3:
Kreditexpansion



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

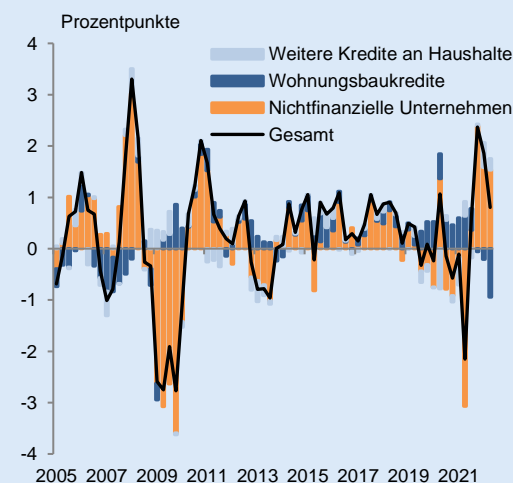
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

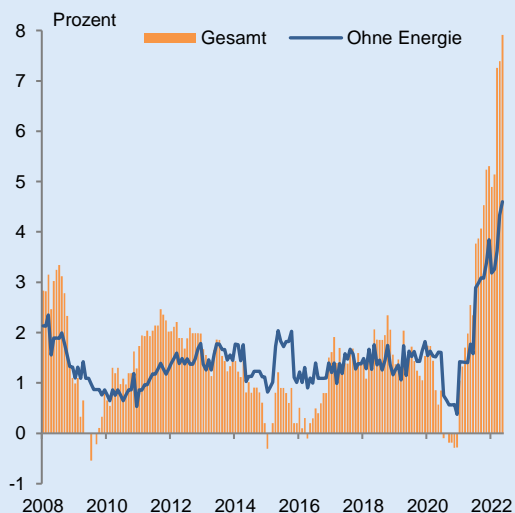
Abbildung 2.4:
Kreditimpuls



Quartalsdaten, aktuelles Quartal auf Basis des ersten Monats; Berechnung folgt Biggs et al. (2009). Der Kreditimpuls ist die Veränderung der Kreditexpansion relativ zur Expansion des Bruttoinlandsproduktes.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel.

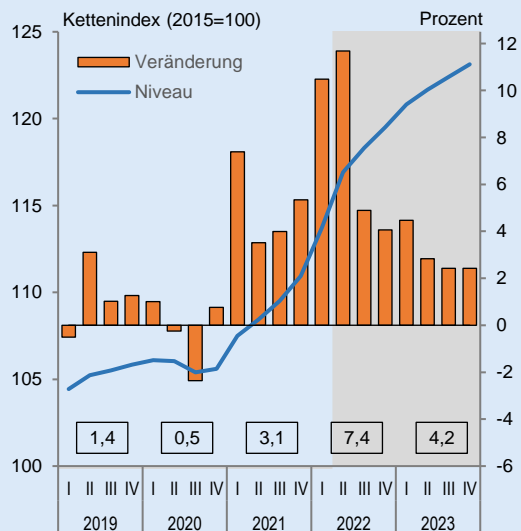
Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise



Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Zeitreihen-Datenbanken; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 2.6:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung: Jahresrate gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunktur 2020–2023

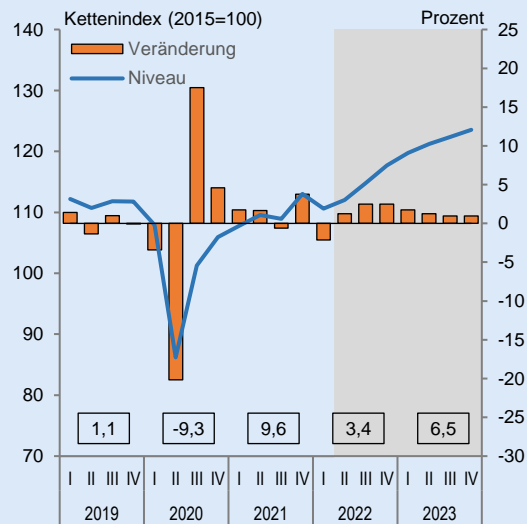
	2020				2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,75	1,25	1,75	2,25	2,50	2,50
Langfristige Zinsen	-0,4	-0,5	-0,5	-0,6	-0,5	-0,3	-0,5	-0,3	0,1	1,0	1,5	1,8	2,3	2,5	2,7	2,7
US-Dollar/Euro	1,10	1,10	1,17	1,19	1,20	1,21	1,18	1,14	1,12	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07	1,07
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	88,9	90,5	91,0	90,9	91,6	91,7	91,1	89,9	89,8	89,4	89,4	89,3	89,1	88,9	88,7	88,6
Exportmärkte	-2,9	-8,8	10,0	0,6	0,5	2,0	1,7	1,1	0,8	0,2	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6
Rohölpreis	51,2	33,4	43,4	45,3	61,0	69,0	73,2	79,8	96,6	112,1	115,0	112,0	108,0	104,0	101,0	98,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, Monatsbericht; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; IMF, International Financial Statistics; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

3. Außenwirtschaft

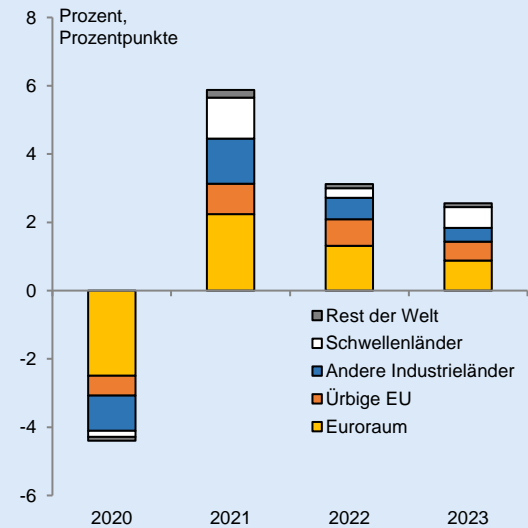
Abbildung 3.1:
Exporte



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

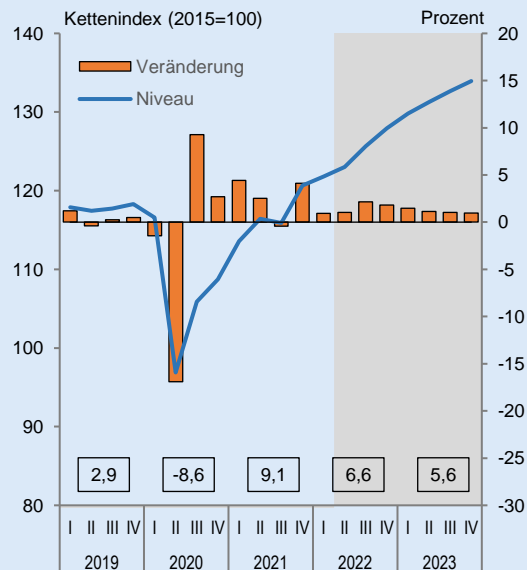
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 7, Reihe 1; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

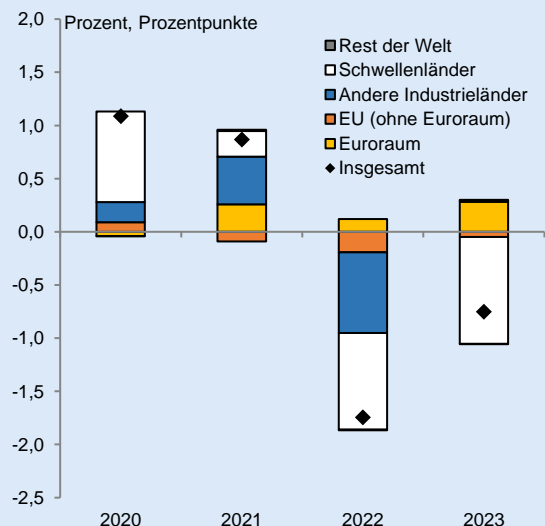
Abbildung 3.2:
Importe



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

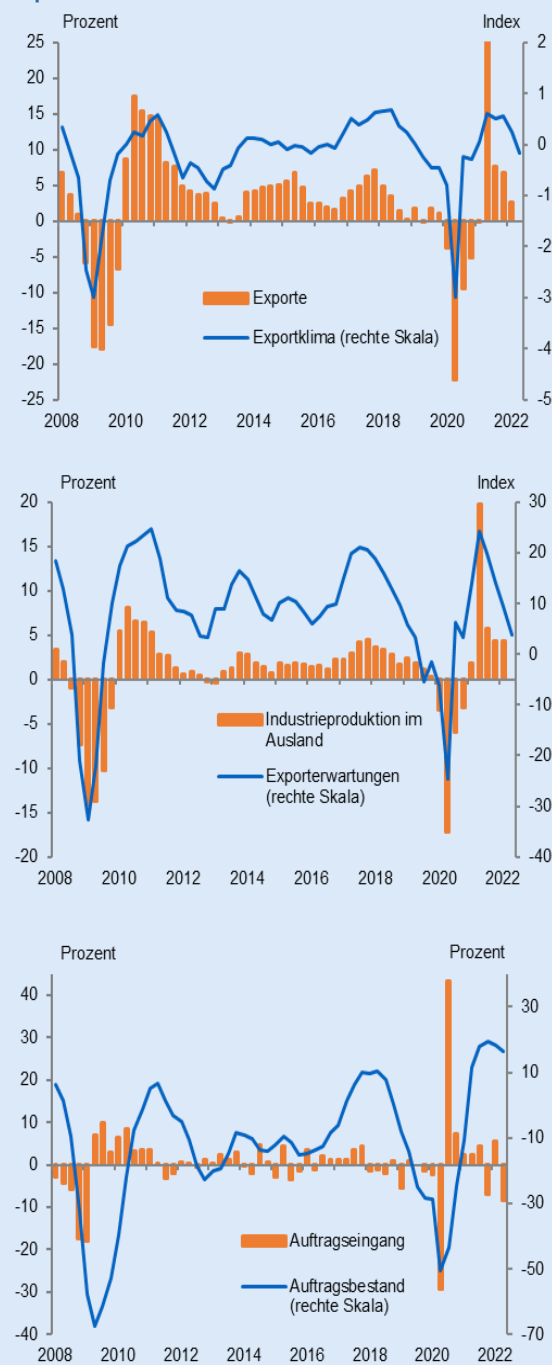
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise und Wechselkurse gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 8.2020; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

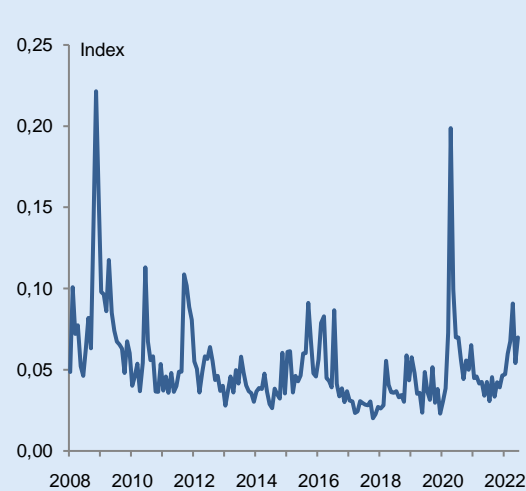
Abbildung 3.5:
Exportindikatoren



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Reuters Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 3.6:
Unsicherheit in den deutschen Abnehmerländern

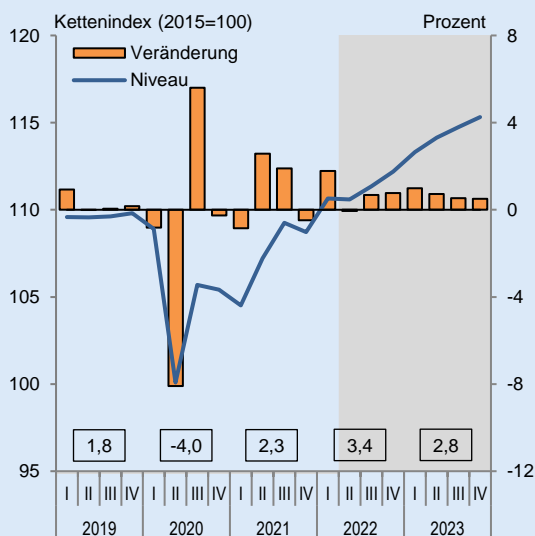


Monatsdaten; Aktienkursvolatilitäten basierend auf Tagesdaten für Aktienkurse in 46 Abnehmerländern gewichtet mit Anteilen an den deutschen Ausfuhren. Letzter Wert: 10.06.2022.

Quelle: Nationale Quellen; Berechnungen des IfW Kiel.

4. Inländische Verwendung

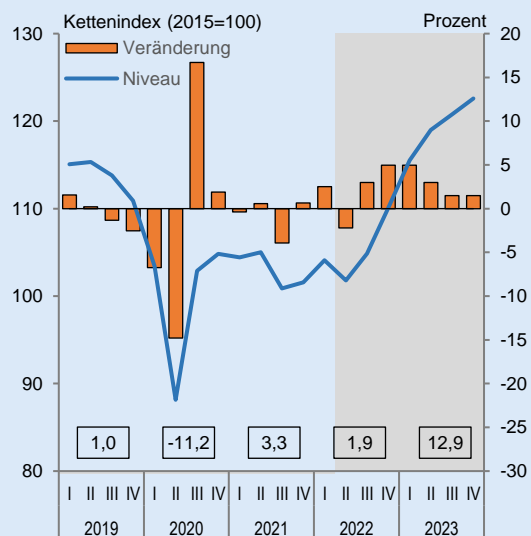
Abbildung 4.1:
Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

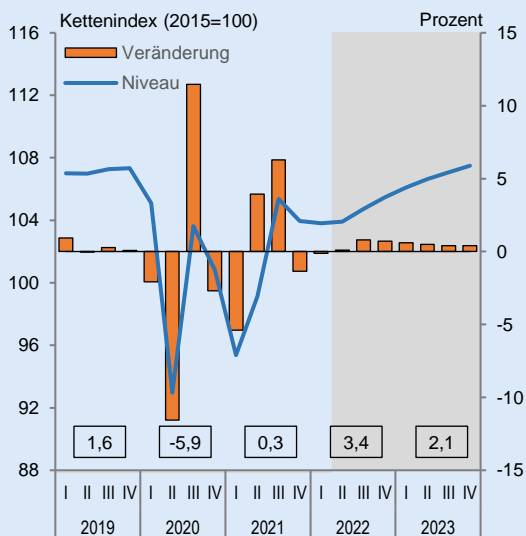
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

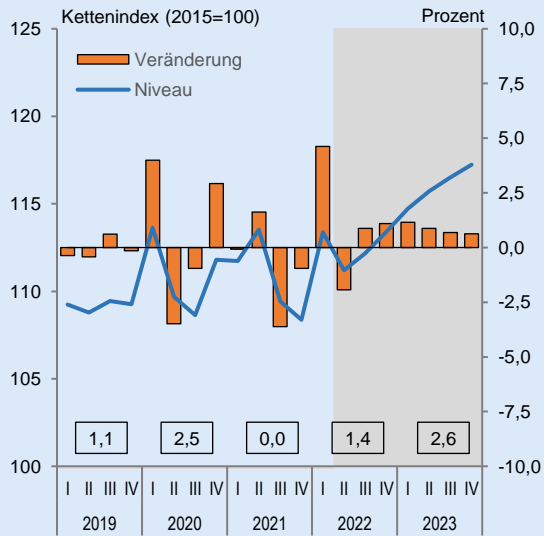
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

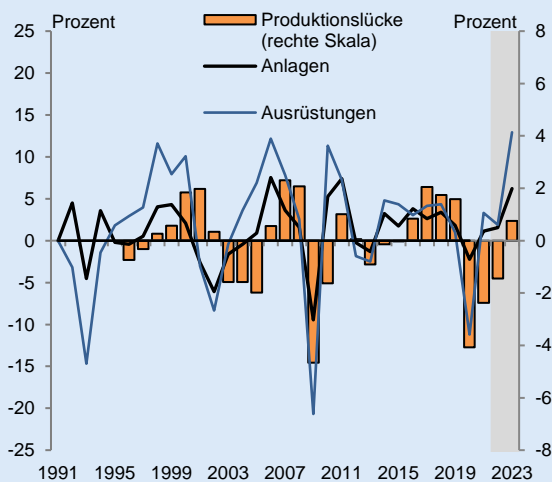
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

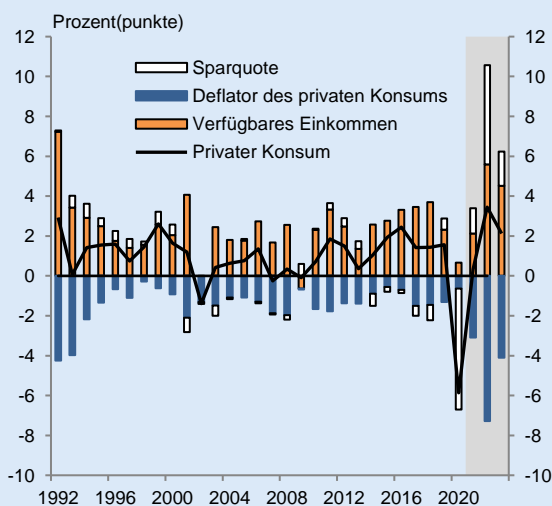
Abbildung 4.5:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr. Produktionslücke auf Basis der Frühjahrschätzung für das Produktionspotenzial.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

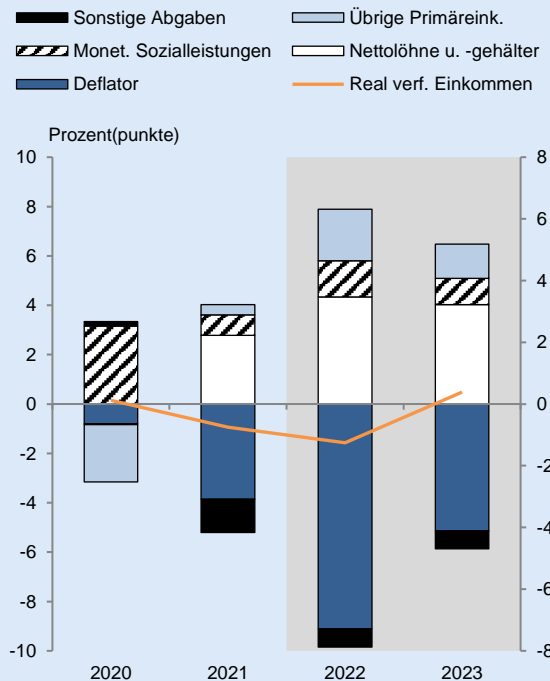
Abbildung 4.6:
Beiträge zur Veränderung des privaten Konsums



Jahresdaten; verfügbares Einkommen einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche, Privater Konsum: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 4.7:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steuern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen

	2020	2021	2022	2023
Anlageinvestitionen	-2,2	1,1	1,6	6,2
Unternehmensinvestitionen	-5,5	1,8	0,9	8,7
Ausrüstungen	-11,2	3,3	1,9	12,9
Wirtschaftsbau	-0,7	-0,1	-1,9	2,8
Sonstige Anlagen	1,0	0,7	1,6	6,5
Wohnungsbau	3,4	0,7	2,2	2,7
Öffentlicher Bau	4,9	-3,0	4,2	1,4
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,5	0,0	1,4	2,6

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle:5.1
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

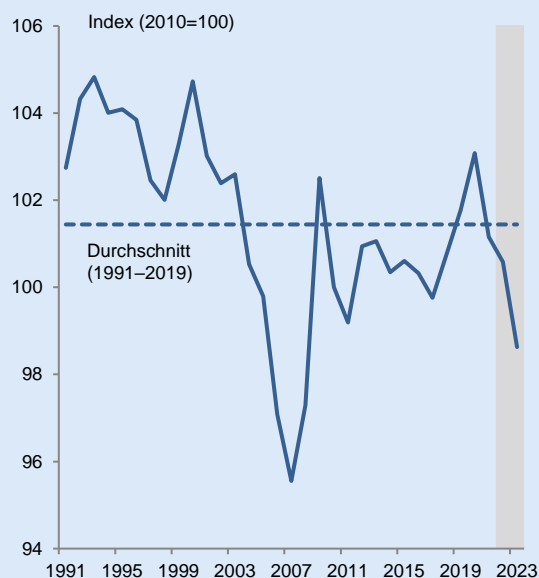
	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent											
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,2	0,1	0,9	1,1	1,1	0,8	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	-0,9	1,6	2,3	-1,3	0,7	0,1	0,9	1,1	1,1	0,8	0,5	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,8	-0,8	-1,1	1,1	-0,4	-1,3	2,3	3,1	3,1	2,0	0,7	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	-0,5	-1,1	-1,2	1,1	-0,1	-2,0	2,5	3,5	3,5	2,2	0,8	0,8
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-2,7	1,1	-0,7	1,4	-1,6	4,0	1,0	0,5	0,5	0,3	0,2	0,2
Baugewerbe	-4,8	2,1	-3,0	-2,1	4,5	-2,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-2,4	2,1	6,0	-0,8	0,9	2,0	2,5	0,8	0,5	0,4	0,3	0,3
Information und Kommunikation	-0,3	0,4	1,2	1,7	0,5	0,5	1,5	1,5	1,0	1,0	1,0	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-1,1	1,2	1,5	-1,0	1,8	0,2	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,3	-0,3	1,1	-0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmensdienstleister	-0,2	4,2	3,7	-0,8	0,2	0,2	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Öffentliche Dienstleister	-0,4	4,4	3,1	-4,2	1,1	2,0	-0,5	0,0	0,4	0,4	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister	2,8	0,1	13,8	-10,4	6,2	2,5	1,5	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität

	2020	2021	2022	2023
Stundenkonzept				
Tariflöhne	2,0	1,6	2,8	3,8
Effektivlöhne	3,4	1,8	4,0	4,2
Lohndrift	1,4	0,3	1,1	0,4
Lohnkosten	4,0	1,8	3,5	4,0
Arbeitsproduktivität	0,4	1,1	-0,3	1,6
Lohnstückkosten	3,4	0,9	3,7	2,3
Lohnstückkosten (real)	1,8	-2,1	-1,1	-1,5
Personenkonzept				
Tariflöhne	2,1	1,6	2,8	3,8
Effektivlöhne	-0,1	3,6	4,8	5,0
Lohndrift	-2,2	2,0	2,0	1,1
Lohnkosten	0,4	3,4	4,4	4,8
Arbeitsproduktivität	-3,8	2,8	0,5	2,6
Lohnstückkosten	4,3	0,6	3,8	2,1
Lohnstückkosten (real)	2,7	-2,4	-1,0	-1,7

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflatiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

7. Beschäftigung

Tabelle 7.1:

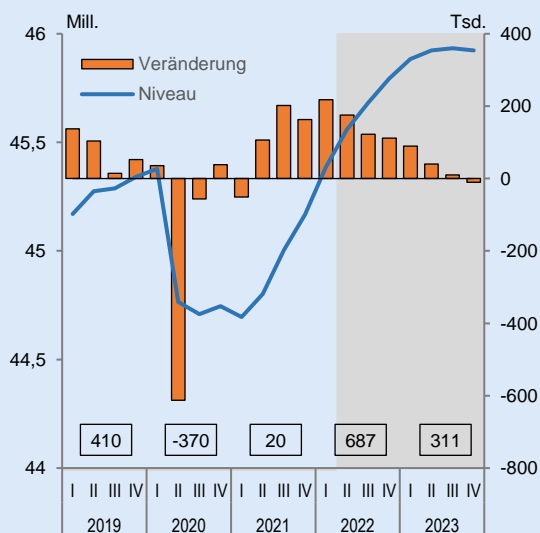
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2019	2020	2021	2022	2023
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	62.539	59.454	60.490	61.905	62.938
Erwerbstätige (Inland)	45.268	44.898	44.918	45.606	45.916
Selbständige	4.151	4.038	3.929	3.938	3.972
Arbeitnehmer (Inland)	41.117	40.860	40.989	41.668	41.945
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.518	33.579	33.897	34.508	34.778
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.579	4.290	4.101	4.170	4.177
Pendlersaldo	143	95	117	137	146
Erwerbstätige (Inländer)	45.126	44.803	44.801	45.468	45.771
Arbeitnehmer (Inländer)	40.974	40.765	40.873	41.531	41.799
Registrierte Arbeitslose	2.267	2.695	2.613	2.322	2.354
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,0	5,9	5,7	5,1	5,1
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,0	3,6	3,3	2,7	2,6

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*, Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

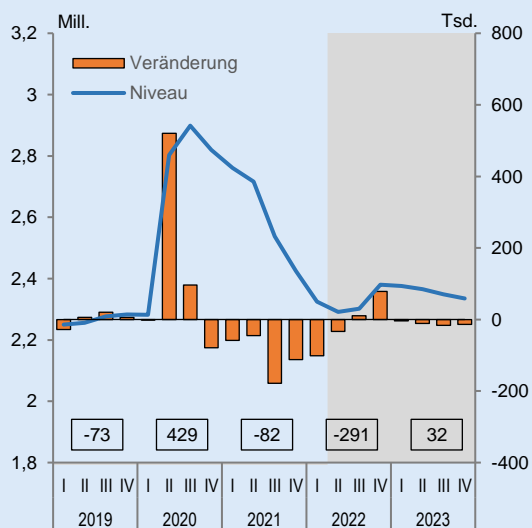
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

8. Öffentliche Finanzen

Tabelle 8.1:

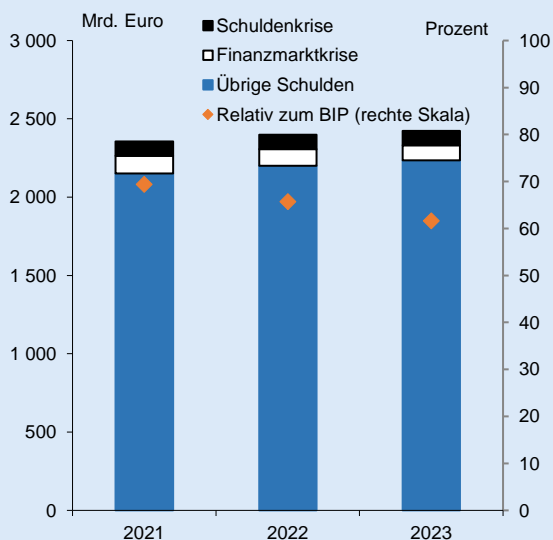
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2019	2020	2021	2022	2023
Einnahmen	1.613,8	1.566,9	1.711,1	1.804,5	1.901,0
→relativ zum BIP	46,5	46,5	47,9	47,2	46,4
Steuern	827,4	773,4	878,4	933,1	984,1
→relativ zum BIP	23,8	23,0	24,6	24,4	24,0
Sozialbeiträge	598,2	607,9	633,3	667,7	705,7
→relativ zum BIP	17,2	18,1	17,7	17,5	17,2
Sonstige Einnahmen	188,2	185,5	199,4	203,7	211,3
→relativ zum BIP	5,4	5,5	5,6	5,3	5,2
Ausgaben	1.562,7	1.712,1	1.841,9	1.858,6	1.937,6
→relativ zum BIP	45,0	50,8	51,6	48,6	47,3
Arbeitnehmerentgelt	272,7	284,1	294,0	303,4	312,9
Vorleistungen	184,2	209,8	229,9	240,9	243,1
Soziale Sachleistungen	299,9	310,1	329,0	343,7	361,9
Bruttoinvestitionen	83,7	90,9	92,1	102,8	121,6
Geleistete Vermögenseinkommen	27,3	21,0	21,8	22,7	22,3
Monetäre Sozialleistungen	546,6	595,1	607,2	630,2	647,7
Subventionen	30,9	71,3	109,8	56,3	53,1
Sonstige laufende Übertragungen	74,7	82,5	90,2	92,1	96,8
Vermögensübertragungen	43,5	48,0	68,6	67,4	79,0
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,2	-1,2	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	51,1	-145,2	-130,8	-54,1	-36,6
→relativ zum BIP	1,5	-4,3	-3,7	-1,4	-0,9
Einnahmen der Gebietskörperschaften	1047,0	1001,9	1116,3	1175,3	1230,8
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	1.045,9	1.000,7	1.115,1	1.174,1	1.229,6
Transfers der Sozialversicherung	1,1	1,1	1,2	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	1.005,0	1.112,1	1.251,4	1.237,1	1.272,2
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	882,3	970,7	1.093,6	1.078,7	1.125,1
Transfers an die Sozialversicherung	122,8	141,4	157,8	158,4	147,1
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	42,0	-110,2	-135,2	-61,8	-41,4
Einnahmen der Sozialversicherung	690,7	717,8	783,1	792,9	818,5
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	568,0	576,3	625,4	634,5	671,4
Ausgaben der Sozialversicherung	681,6	752,8	778,8	785,2	813,7
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	680,5	751,6	777,6	784,0	812,6
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	9,1	-35,0	4,3	7,7	4,8

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

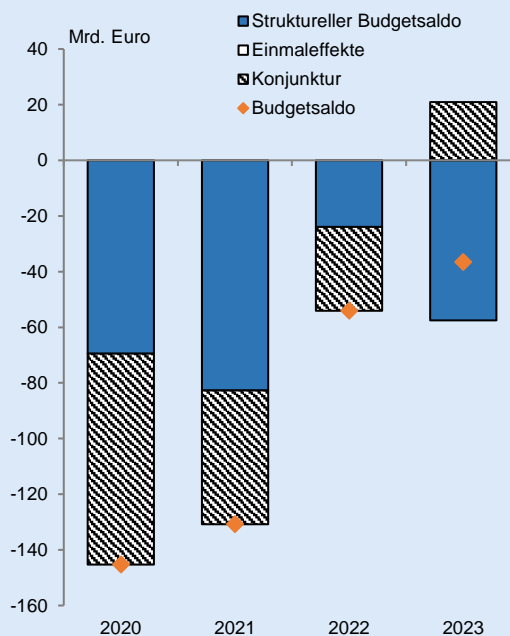
Abbildung 8.1:
Bruttoschuldenstand



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; BMF, Monatsbericht, Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 8.2:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, AMECO; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

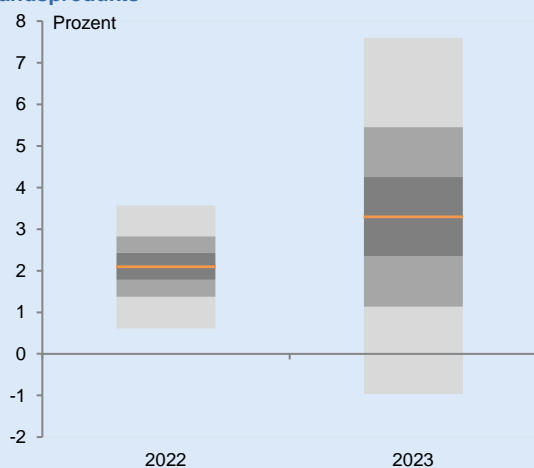
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2021				2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	-1,7	2,2	1,7	-0,3	0,2	0,1	0,9	1,1	1,1	0,8	0,5	0,5
Private Konsumausgaben	-5,4	3,9	6,3	-1,3	-0,1	0,1	0,8	0,7	0,6	0,5	0,4	0,4
Konsumausgaben des Staates	-0,7	4,9	-3,1	0,2	0,1	1,1	-0,3	-0,4	0,5	0,4	0,4	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	-0,4	0,6	-3,9	0,7	2,5	-2,2	3,0	5,0	5,0	3,0	1,5	1,5
Bauinvestitionen	-0,1	1,6	-3,6	-1,0	4,6	-1,9	0,9	1,1	1,2	0,9	0,7	0,6
Sonstige Anlagen	-2,6	1,1	0,9	1,3	-2,1	1,0	1,5	2,0	2,0	1,5	1,0	1,0
Vorratsveränderungen	2,2	-0,9	0,1	0,2	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,8	2,6	1,9	-0,5	1,8	-0,1	0,7	0,8	1,0	0,7	0,5	0,5
Ausfuhr	1,8	1,7	-0,6	3,8	-2,1	1,3	2,5	2,5	1,7	1,3	0,9	0,9
Einfuhr	4,4	2,5	-0,4	4,1	0,9	1,0	2,1	1,8	1,5	1,1	1,0	1,0
Außenbeitrag	-0,9	-0,2	-0,1	0,1	-1,4	0,1	0,3	0,4	0,2	0,1	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	44.696	44.802	45.004	45.167	45.385	45.560	45.682	45.794	45.884	45.924	45.933	45.923
Arbeitslose	2.761	2.716	2.537	2.425	2.324	2.291	2.302	2.380	2.376	2.365	2.349	2.335

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

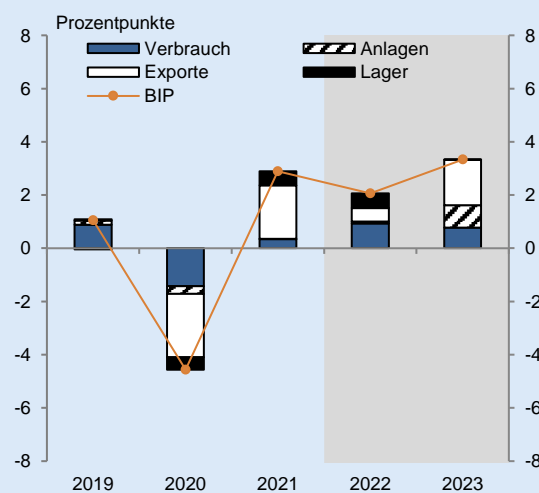
Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im zweiten Quartal der Jahre 1994–2021).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 9.2:
Importbereinigte Expansionsbeiträge



Jahresdaten, preisbereinigt. Berechnung in Anlehnung an Kooths und Stolzenburg (2018).

Quelle: OECD, *Input Output Database*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 10.1:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2020	2020	2021	2022	2023
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		-4,6	2,9	2,1	3,3
Private Konsumausgaben		-5,9	0,3	3,4	2,1
Konsumausgaben des Staates		3,5	2,9	0,3	0,9
Anlageinvestitionen		-2,2	1,1	1,6	6,2
Ausrüstungsinvestitionen		-11,2	3,3	1,9	12,9
Bauinvestitionen		2,5	0,0	1,4	2,6
Sonstige Anlagen		1,0	0,7	1,6	6,5
Vorratsveränderung		-0,9	1,1	1,1	0,0
Inländische Verwendung		-4,0	2,3	3,4	2,8
Ausfuhr		-9,3	9,6	3,4	6,5
Einfuhr		-8,6	9,1	6,6	5,6
Außenbeitrag		-0,8	0,8	-1,2	0,6
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.367,6	-3,0	6,0	7,0	7,4
Private Konsumausgaben	1.708,0	-5,3	3,4	11,0	6,3
Konsumausgaben des Staates	754,6	7,0	6,1	4,8	3,7
Anlageinvestitionen	735,9	-0,9	6,2	9,7	10,2
Ausrüstungsinvestitionen	216,9	-10,0	5,3	7,2	16,5
Bauinvestitionen	380,1	4,4	8,3	13,2	7,4
Sonstige Anlagen	138,9	1,4	1,9	3,9	8,5
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-23,7	29,9	68,6	71,8
Inländische Verwendung	3.174,8	-3,1	6,4	10,3	6,6
Ausfuhr	1.462,1	-9,7	15,6	16,6	11,1
Einfuhr	1.269,3	-10,8	18,0	25,1	9,7
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		192,8	192,4	97,1	133,5
Bruttonationaleinkommen	3.461,3	-3,5	6,3	7,1	7,2
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	3,0	4,9	3,9
Private Konsumausgaben		0,6	3,1	7,3	4,1
Konsumausgaben des Staates		3,3	3,0	4,4	2,7
Ausrüstungsinvestitionen		1,3	1,9	5,1	3,1
Bauinvestitionen		1,9	8,2	11,7	4,7
Sonstige Anlagen		0,3	1,2	2,3	1,9
Ausfuhr		-0,4	5,5	12,8	4,3
Einfuhr		-2,4	8,2	17,4	3,9
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,5	3,1	7,4	4,2
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.528,2	-3,1	6,8	4,5	8,0
Arbeitnehmerentgelt	1.852,1	-0,2	3,7	6,1	5,5
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		73,3	71,2	72,2	70,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	676,1	-10,2	15,1	0,7	14,7
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1.975,2	0,8	2,1	5,7	4,6
Sparquote (Prozent)		16,1	15,0	10,7	9,1
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.514,1	-0,7	3,8	6,5	5,7
Effektivlohn, Stundenbasis		3,4	1,8	4,0	4,2
Lohnstückkosten, Stundenbasis		3,4	0,9	3,7	2,3
Produktivität, Stundenbasis		0,4	1,1	-0,3	1,6
Arbeitslose (1 000)		2.695	2.613	2.322	2.354
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,9	5,7	5,1	5,1
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.898	44.918	45.606	45.916
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-145,2	-130,8	-54,1	-36,6
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-4,3	-3,7	-1,4	-0,9
Öffentliche Schulden (Prozent)		69,1	69,3	65,6	61,5

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,0	1,5	0,7	-0,7	0,8	1,6	1,4	1,0	0,4
Arbeitsvolumen	1,7	2,3	1,7	0,7	2,7	3,2	1,6	3,3	0,1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,7	0,8	1,0	1,5	1,9	1,5	0,1	2,4	-0,3
Produktivität ¹	1,1	-0,3	1,6	2,8	-0,4	-0,3	-0,3	0,4	2,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,9	2,1	3,3	3,5	2,3	2,9	1,3	3,7	3,0

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 566,9	2 799,0	2 953,9	1 216,8	1 350,1	1 353,0	1 446,0	1 438,4	1 515,4
Private Haushalte ²	1 766,6	1 960,6	2 084,6	829,4	937,2	943,9	1 016,7	1 017,7	1 066,9
Staat	800,3	838,4	869,3	387,3	412,9	409,1	429,3	420,8	448,6
Anlageinvestitionen	781,5	857,5	944,9	373,1	408,4	406,2	451,3	453,0	491,9
Ausrüstungen	228,4	244,7	285,0	109,9	118,5	113,1	131,7	134,1	150,9
Bauten	411,6	465,8	500,4	196,3	215,3	224,0	241,8	243,6	256,8
Sonstige Anlageinvestitionen	141,5	147,0	159,4	67,0	74,5	69,2	77,8	75,2	84,2
Vorratsveränderung ¹	29,9	68,6	71,8	11,1	18,8	33,4	35,2	36,5	35,3
Inländische Verwendung	3 378,3	3 725,2	3 970,6	1 601,0	1 777,3	1 792,7	1 932,5	1 927,9	2 042,7
Außenbeitrag	192,4	97,1	133,5	113,7	78,6	59,3	37,7	80,5	53,1
Exporte	1 690,6	1 971,9	2 190,8	812,4	878,2	940,7	1 031,2	1 086,7	1 104,2
Importe	1 498,2	1 874,8	2 057,3	698,7	799,5	881,3	993,5	1 006,2	1 051,1
Bruttoinlandsprodukt	3 570,6	3 822,3	4 104,1	1 714,7	1 855,9	1 852,0	1 970,3	2 008,3	2 095,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	4,2	9,0	5,5	2,0	6,4	11,2	7,1	6,3	4,8
Private Haushalte ²	3,4	11,0	6,3	-0,1	6,8	13,8	8,5	7,8	4,9
Staat	6,1	4,8	3,7	6,8	5,4	5,6	4,0	2,9	4,5
Anlageinvestitionen	6,2	9,7	10,2	6,2	6,2	8,9	10,5	11,5	9,0
Ausrüstungen	5,3	7,2	16,5	11,9	-0,2	2,9	11,1	18,6	14,6
Bauten	8,3	13,2	7,4	4,9	11,6	14,1	12,3	8,8	6,2
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	3,9	8,5	1,6	2,1	3,3	4,4	8,8	8,2
Inländische Verwendung	6,4	10,3	6,6	3,2	9,5	12,0	8,7	7,5	5,7
Exporte	15,6	16,6	11,1	15,2	16,1	15,8	17,4	15,5	7,1
Importe	18,0	25,1	9,7	12,2	23,7	26,1	24,3	14,2	5,8
Bruttoinlandsprodukt	6,0	7,0	7,4	4,9	7,0	8,0	6,2	8,4	6,4

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 320,7	2 378,3	2 420,4	1 116,4	1 204,4	1 168,8	1 209,4	1 190,5	1 229,9
Private Haushalte ²	1 620,5	1 676,4	1 712,0	768,1	852,4	821,7	854,6	842,0	870,0
Staat	698,4	700,8	707,5	346,8	351,6	346,5	354,4	348,0	359,4
Anlageinvestitionen	671,9	682,4	724,7	328,1	343,8	327,3	355,1	348,7	376,0
Ausrüstungen	214,8	218,9	247,2	103,9	110,9	102,3	116,6	116,6	130,7
Bauten	324,7	329,1	337,6	161,0	163,7	160,9	168,2	165,0	172,6
Sonstige Anlageinvestitionen	131,2	133,3	141,9	62,4	68,8	63,1	70,2	67,4	74,5
Inländische Verwendung	3 008,4	3 111,4	3 197,6	1 458,0	1 550,4	1 524,9	1 586,4	1 568,2	1 629,4
Exporte	1 569,2	1 622,1	1 728,1	775,1	794,2	794,3	827,7	860,2	868,0
Importe	1 394,5	1 486,6	1 569,6	675,9	718,6	718,9	767,6	769,0	800,6
Bruttoinlandsprodukt	3 186,4	3 252,2	3 360,6	1 557,9	1 628,5	1 602,6	1 649,6	1 662,0	1 698,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,1	2,5	1,8	0,0	2,2	4,7	0,4	1,9	1,7
Private Haushalte ²	0,3	3,4	2,1	-1,9	2,5	7,0	0,3	2,5	1,8
Staat	2,9	0,3	0,9	4,4	1,5	-0,1	0,8	0,5	1,4
Anlageinvestitionen	1,1	1,6	6,2	3,7	-1,2	-0,2	3,3	6,5	5,9
Ausrüstungen	3,3	1,9	12,9	10,3	-2,4	-1,6	5,2	14,0	12,0
Bauten	0,0	1,4	2,6	1,3	-1,2	-0,1	2,8	2,6	2,6
Sonstige Anlageinvestitionen	0,7	1,6	6,5	0,4	0,9	1,1	2,0	6,9	6,1
Inländische Verwendung	2,3	3,4	2,8	1,2	3,3	4,6	2,3	2,8	2,7
Exporte	9,6	3,4	6,5	12,3	7,1	2,5	4,2	8,3	4,9
Importe	9,1	6,6	5,6	7,8	10,4	6,4	6,8	7,0	4,3
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,1	3,3	3,5	2,3	2,9	1,3	3,7	3,0

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	3,1	7,3	4,1	1,8	4,2	6,4	8,2	5,2	3,1
Konsumausgaben des Staates	3,0	4,4	2,7	2,3	3,8	5,7	3,1	2,4	3,0
Anlageinvestitionen	5,0	8,1	3,7	2,5	7,5	9,1	7,0	4,7	2,9
Ausrüstungen	1,9	5,1	3,1	1,5	2,3	4,6	5,6	4,1	2,3
Bauten	8,2	11,7	4,7	3,5	13,0	14,2	9,3	6,0	3,5
Exporte	5,5	12,8	4,3	2,5	8,3	13,0	12,7	6,7	2,1
Importe	8,2	17,4	3,9	4,1	12,1	18,6	16,3	6,7	1,4
Bruttoinlandsprodukt	3,0	4,9	3,9	1,4	4,6	5,0	4,8	4,6	3,3

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 455,2	2 605,1	2 740,5	1 186,6	1 268,6	1 273,3	1 331,8	1 347,5	1 393,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	349,4	363,5	380,6	169,1	180,2	175,5	187,9	184,4	196,2
Bruttolöhne und -gehälter	1 572,0	1 674,2	1 768,9	739,2	832,8	794,0	880,2	842,5	926,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	533,8	567,4	591,1	278,2	255,6	303,7	263,7	320,6	270,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	528,4	587,7	705,1	230,3	298,1	259,1	328,6	324,5	380,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 983,6	3 192,8	3 445,6	1 416,8	1 566,7	1 532,4	1 660,5	1 672,0	1 773,6
Abschreibungen	694,2	745,3	775,1	339,9	354,4	369,6	375,7	385,9	389,2
Bruttonationaleinkommen	3 677,8	3 938,1	4 220,7	1 756,7	1 921,1	1 902,0	2 036,1	2 057,9	2 162,8
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 699,9	2 821,8	3 048,7	1 284,6	1 415,3	1 350,8	1 471,0	1 476,8	1 571,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	778,5	784,1	899,2	376,2	402,3	381,2	402,9	449,9	449,4
Arbeitnehmerentgelt	1 921,4	2 037,7	2 149,4	908,3	1 013,0	969,5	1 068,1	1 026,9	1 122,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,2	6,1	5,2	0,6	5,7	7,3	5,0	5,8	4,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,3	4,0	4,7	2,8	3,8	3,8	4,3	5,0	4,4
Bruttolöhne und -gehälter	3,8	6,5	5,7	2,4	5,1	7,4	5,7	6,1	5,2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,6	4,8	5,0	2,9	4,1	5,5	4,1	5,2	4,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,3	6,3	4,2	-4,9	9,0	9,2	3,2	5,6	2,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	24,7	11,2	20,0	38,9	15,7	12,5	10,2	25,3	15,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	6,4	7,0	7,9	5,3	7,5	8,2	6,0	9,1	6,8
Abschreibungen	5,4	7,4	4,0	3,2	7,7	8,8	6,0	4,4	3,6
Bruttonationaleinkommen	6,3	7,1	7,2	4,9	7,5	8,3	6,0	8,2	6,2
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	6,8	4,5	8,0	6,5	7,0	5,2	3,9	9,3	6,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15,1	0,7	14,7	17,8	12,7	1,3	0,2	18,0	11,5
Arbeitnehmerentgelt	3,7	6,1	5,5	2,5	4,9	6,7	5,4	5,9	5,1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 594,5	1 683,5	1 765,2	766,5	828,0	798,1	885,4	847,2	918,0
Nettolöhne und -gehälter	1 065,3	1 135,3	1 203,9	496,3	569,0	533,4	601,9	569,0	635,0
Monetäre Sozialleistungen	672,1	695,8	713,9	341,7	330,5	336,7	359,1	351,9	362,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	143,0	147,6	152,7	71,5	71,5	72,0	75,6	73,6	79,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	533,8	567,4	591,1	278,2	255,6	303,7	263,7	320,6	270,5
Sonstige Transfers (Saldo) ³	-110,6	-118,0	-125,4	-48,1	-62,5	-54,6	-63,4	-61,8	-63,6
Verfügbares Einkommen	2 017,7	2 132,9	2 230,9	996,7	1 021,0	1 047,2	1 085,7	1 106,0	1 124,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	60,8	61,6	62,5	29,5	31,2	29,9	31,7	30,3	32,2
Konsumausgaben	1 766,6	1 960,6	2 084,6	829,4	937,2	943,9	1 016,7	1 017,7	1 066,9
Sparen	311,8	233,9	208,9	196,7	115,0	133,2	100,7	118,7	90,2
Sparquote (%) ⁵	15,0	10,7	9,1	19,2	10,9	12,4	9,0	10,4	7,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,5	5,6	4,9	4,1	3,0	4,1	6,9	6,2	3,7
Nettolöhne und -gehälter	4,3	6,6	6,0	3,1	5,3	7,5	5,8	6,7	5,5
Monetäre Sozialleistungen	2,0	3,5	2,6	5,3	-1,2	-1,5	8,7	4,5	0,8
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,9	3,3	3,4	3,5	0,3	0,7	5,8	2,3	4,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,3	6,3	4,2	-4,9	9,0	9,2	3,2	5,6	2,6
Verfügbares Einkommen	2,1	5,7	4,6	1,4	2,9	5,1	6,3	5,6	3,6
Konsumausgaben	3,4	11,0	6,3	-0,1	6,8	13,8	8,5	7,8	4,9
Sparen	-4,7	-25,0	-10,7	8,3	-20,9	-32,3	-12,5	-10,9	-10,5

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2023

	2021	2022	2023	2021		2022		2023	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ¹									
a) Mrd.EUR									
Einnahmen									
Steuern	878,4	933,1	984,1	415,6	462,9	450,9	482,2	479,6	504,5
Sozialbeiträge	633,3	667,7	705,7	305,8	327,5	322,2	345,5	342,0	363,7
Vermögenseinkommen	15,4	14,9	14,3	8,3	7,1	7,9	6,9	7,6	6,7
Sonstige Transfers	30,0	28,0	29,4	14,9	15,1	12,0	15,9	12,7	16,7
Vermögenstransfers	20,3	22,2	23,4	8,4	11,9	9,7	12,5	10,3	13,1
Verkäufe	133,5	138,5	144,0	61,0	72,4	63,8	74,8	66,1	77,9
Sonstige Subventionen	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 711,1	1 804,5	1 901,0	814,1	897,0	866,6	937,9	918,3	982,7
Ausgaben									
Vorleistungen ²	559,4	585,1	605,4	267,8	291,5	281,7	303,4	290,2	315,3
Arbeitnehmerentgelt	294,0	303,4	312,9	141,3	152,7	147,5	155,9	149,7	163,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,8	22,7	22,3	11,2	10,6	11,7	11,0	11,5	10,8
Subventionen	109,8	56,3	53,1	56,0	53,9	26,5	29,8	24,3	28,9
Monetäre Sozialleistungen	607,2	630,2	647,7	309,4	297,8	304,0	326,2	318,9	328,9
Sonstige laufende Transfers	90,2	92,1	96,8	43,1	47,1	43,4	48,8	45,6	51,2
Vermögenstransfers	68,6	67,4	79,0	20,8	47,9	27,1	40,3	32,5	46,4
Bruttoinvestitionen	92,1	102,8	121,6	39,5	52,6	42,1	60,7	50,9	70,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,2	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7	- 0,6
Insgesamt	1 841,9	1 858,6	1 937,6	888,4	953,5	883,2	975,4	922,8	1 014,8
Finanzierungssaldo	- 130,8	- 54,1	- 36,6	- 74,3	- 56,5	- 16,6	- 37,5	- 4,5	- 32,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen									
Steuern	13,6	6,2	5,5	6,4	20,8	8,5	4,2	6,4	4,6
Sozialbeiträge	4,2	5,4	5,7	3,5	4,8	5,4	5,5	6,1	5,3
Vermögenseinkommen	- 22,0	- 3,6	- 3,7	- 31,0	- 8,1	- 4,2	- 2,8	- 3,9	- 3,5
Sonstige Transfers	23,8	- 6,8	5,1	31,9	16,8	- 19,1	5,2	5,6	4,7
Vermögenstransfers	30,9	9,0	5,7	19,1	40,9	14,3	5,2	6,4	5,1
Verkäufe	6,1	3,8	3,9	4,9	7,0	4,5	3,2	3,6	4,2
Sonstige Subventionen	13,1	5,4	0,0	17,6	10,1	13,3	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	9,2	5,5	5,3	5,1	13,2	6,4	4,6	6,0	4,8
Ausgaben									
Vorleistungen ²	7,5	4,6	3,5	8,5	6,5	5,2	4,1	3,0	3,9
Arbeitnehmerentgelt	3,5	3,2	3,1	3,7	3,4	4,4	2,1	1,5	4,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	4,0	4,1	- 1,8	- 3,0	12,6	4,4	3,8	- 1,7	- 1,8
Subventionen	54,2	- 48,8	- 5,5	49,8	58,9	- 52,7	- 44,7	- 8,4	- 3,0
Monetäre Sozialleistungen	2,0	3,8	2,8	5,7	- 1,5	- 1,7	9,5	4,9	0,8
Sonstige laufende Transfers	9,3	2,1	5,1	8,1	10,6	0,6	3,5	5,1	5,0
Vermögenstransfers	43,1	- 1,8	17,2	16,5	58,8	30,6	- 15,9	20,0	15,4
Bruttoinvestitionen	1,3	11,6	18,3	- 2,3	4,2	6,5	15,4	21,0	16,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	2,9	6,5	0,0	26,4	- 13,6	12,7	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	7,6	0,9	4,3	8,0	7,1	- 0,6	2,3	4,5	4,0

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

12. Hauptaggregate der Sektoren

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2021					Übrige Welt
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	S 2	
	S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15		
1 = Bruttowertschöpfung	3 226,3	2 183,6	374,8	667,9	-	
2 - Abschreibungen	694,2	403,4	87,3	203,6	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 532,1	1 780,3	287,5	464,3	- 192,4	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 917,9	1 381,8	294,0	242,1	16,2	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	35,1	24,9	0,4	9,7	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	92,9	64,7	0,1	28,1	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	672,0	438,2	- 6,8	240,6	- 208,5	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 921,4	-	-	1 921,4	12,7	
9 - Geleistete Subventionen	109,8	-	109,8	-	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	393,6	-	393,6	-	7,5	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	574,9	535,4	21,8	17,7	190,7	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	681,4	355,0	15,4	310,9	84,2	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 983,6	257,8	270,5	2 455,2	- 299,6	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	473,4	109,7	-	363,7	12,1	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	484,9	-	484,9	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	773,8	-	-	773,8	4,2	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	774,7	140,6	633,3	0,9	3,3	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	679,9	71,8	607,2	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	672,1	-	-	672,1	8,4	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	381,9	203,2	90,2	88,4	59,8	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	326,2	179,9	30,0	116,3	115,4	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 932,6	193,6	721,3	2 017,7	- 248,6	
23 - Konsumausgaben	2 566,9	-	800,3	1 766,6	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-	
25 = Sparen	365,7	132,8	- 78,9	311,8	- 248,6	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	107,7	23,2	68,6	15,9	8,2	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	98,9	49,4	20,3	29,2	16,9	
28 - Bruttoinvestitionen	811,4	471,2	92,1	248,1	-	
29 + Abschreibungen	694,2	403,4	87,3	203,6	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	- 1,2	0,7	- 0,2	
31 = Finanzierungssaldo	239,6	90,5	- 130,8	279,9	- 239,6	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 932,6	193,6	721,3	2 017,7	- 248,6	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	514,7	-	514,7	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	514,7	-	-	514,7	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 932,6	193,6	206,6	2 532,4	- 248,6	
38 - Konsum 2)	2 566,9	-	285,5	2 281,4	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 60,8	-	60,8	-	
40 = Sparen	365,7	132,8	- 78,9	311,8	- 248,6	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren						
Mrd. EUR						
	Gegenstand der Nachweisung	2022				
		Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
		S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1 =	Bruttowertschöpfung	3 435,5	2 329,3	392,2	713,9	-
2 -	Abschreibungen	745,3	431,5	95,1	218,7	-
3 =	Nettowertschöpfung 1)	2 690,3	1 897,9	297,1	495,3	- 97,1
4 -	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 034,2	1 474,0	303,4	256,8	16,7
5 -	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	36,8	25,9	0,4	10,5	-
6 +	Empfangene sonstige Subventionen	49,1	35,3	0,2	13,7	-
7 =	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	668,4	433,2	- 6,5	241,7	- 113,8
8 +	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 037,7	-	-	2 037,7	13,3
9 -	Geleistete Subventionen	56,3	-	56,3	-	4,7
10 +	Empfangene Produktions- und Importabgaben	427,3	-	427,3	-	8,1
11 -	Geleistete Vermögenseinkommen	620,9	581,2	22,7	17,0	210,4
12 +	Empfangene Vermögenseinkommen	736,6	379,0	14,9	342,8	94,6
13 =	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 192,8	231,0	356,7	2 605,1	- 212,9
14 -	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	493,5	109,2	-	384,4	12,9
15 +	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	505,8	-	505,8	-	0,6
16 -	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	810,7	-	-	810,7	4,5
17 +	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	811,6	143,1	667,7	0,9	3,6
18 -	Geleistete monetäre Sozialleistungen	704,4	73,3	630,2	0,9	0,6
19 +	Empfangene monetäre Sozialleistungen	695,8	-	-	695,8	9,2
20 -	Geleistete sonstige laufende Transfers	390,6	207,3	92,1	91,2	62,8
21 +	Empfangene sonstige laufende Transfers	332,0	185,7	28,0	118,3	121,4
22 =	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 138,8	170,0	835,9	2 132,9	- 158,9
23 -	Konsumausgaben	2 799,0	-	838,4	1 960,6	-
24 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,6	-	61,6	-
25 =	Sparen	339,8	108,4	- 2,5	233,9	- 158,9
26 -	Geleistete Vermögenstransfers	111,5	26,6	67,4	17,5	9,8
27 +	Empfangene Vermögenstransfers	104,4	50,0	22,2	32,2	16,9
28 -	Bruttoinvestitionen	926,2	538,4	102,8	285,0	-
29 +	Abschreibungen	745,3	431,5	95,1	218,7	-
30 -	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	- 1,3	0,8	- 0,2
31 =	Finanzierungssaldo	151,6	24,3	- 54,1	181,4	- 151,6
	Nachrichtlich:					
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 138,8	170,0	835,9	2 132,9	- 158,9
35 -	Geleistete soziale Sachtransfers	540,5	-	540,5	-	-
36 +	Empfangene soziale Sachtransfers	540,5	-	-	540,5	-
37 =	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 138,8	170,0	295,3	2 673,4	- 158,9
38 -	Konsum 3)	2 799,0	-	297,9	2 501,2	-
39 +	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 61,6	-	61,6	-
40 =	Sparen	339,8	108,4	- 2,5	233,9	- 158,9

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren Mrd. EUR						
Gegenstand der Nachweisung	2023					
	Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt	
	S 1	S 11/S 12	S 13	S 14/S 15	S 2	
1 = Bruttowertschöpfung	3 702,1	2 548,6	408,3	745,2	-	
2 - Abschreibungen	775,1	445,2	101,8	228,0	-	
3 = Nettowertschöpfung 1)	2 927,0	2 103,3	306,5	517,2	- 133,5	
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 145,9	1 564,1	312,9	269,0	17,3	
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,0	28,8	0,4	11,7	-	
6 + Empfangene sonstige Subventionen	42,4	30,6	0,2	11,6	-	
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	782,5	541,0	- 6,6	248,1	- 150,8	
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 149,4	-	-	2 149,4	13,8	
9 - Geleistete Subventionen	53,1	-	53,1	-	4,7	
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	450,1	-	450,1	-	8,4	
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	678,5	639,3	22,3	16,9	220,9	
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	795,2	421,0	14,3	359,9	104,1	
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 445,6	322,7	382,4	2 740,5	- 250,1	
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	521,1	118,7	-	402,5	13,4	
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	534,0	-	534,0	-	0,6	
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	852,4	-	-	852,4	4,6	
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	853,7	147,1	705,7	0,9	3,3	
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	723,8	75,2	647,7	0,9	0,6	
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	713,9	-	-	713,9	10,5	
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	403,3	211,4	96,8	95,0	64,4	
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	346,5	190,8	29,4	126,3	121,3	
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 393,1	255,4	906,8	2 230,9	- 197,6	
23 - Konsumausgaben	2 953,9	-	869,3	2 084,6	-	
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,5	-	62,5	-	
25 = Sparen	439,2	192,9	37,5	208,9	- 197,6	
26 - Geleistete Vermögenstransfers	126,6	29,3	79,0	18,4	10,3	
27 + Empfangene Vermögenstransfers	116,6	60,7	23,4	32,5	20,3	
28 - Bruttoinvestitionen	1 016,7	585,7	121,6	309,4	-	
29 + Abschreibungen	775,1	445,2	101,8	228,0	-	
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,2	0,7	- 1,3	0,8	- 0,2	
31 = Finanzierungssaldo	187,4	83,2	- 36,6	140,8	- 187,4	
Nachrichtlich:						
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 393,1	255,4	906,8	2 230,9	- 197,6	
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	562,1	-	562,1	-	-	
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	562,1	-	-	562,1	-	
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 393,1	255,4	344,7	2 793,0	- 197,6	
38 - Konsum 2)	2 953,9	-	307,2	2 646,7	-	
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 62,5	-	62,5	-	
40 = Sparen	439,2	192,9	37,5	208,9	- 197,6	

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Literatur

- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, K. Carstensen, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, T. Rossian und U. Stolzenburg (2019). Schätzung von Produktionspotenzial und -lücke: Eine Analyse des EU-Verfahrens und mögliche Verbesserungen. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 19. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, S. Mösle und U. Stolzenburg (2021). Mittelfristprojektion für Deutschland im Frühjahr 2021: Pandemiebedingte Potenzialschäden eher gering. Kieler Konjunkturberichte, Nr. 78.
- Ademmer, M., J. Boysen-Hogrefe, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, S. Meuchelböck und N. Sonnenberg (2022). Erholung gefährdet – Preisdruck hoch. Deutsche Wirtschaft im Frühjahr 2022. Kieler Konjunkturberichte Nr. 89.
- Beckmann, J. und N. Jannsen (2021). [Bedeutung von Lieferengpässen für die laufende Produktion in Deutschland](#). IfW-Box 2021.09.
- Beckmann, J., K.-J. Gern und N. Jannsen (2021). [Lieferengpässe bleiben Belastungsfaktor](#). Wirtschaftsdienst 101(11): 915-916.
- Boysen-Hogrefe, J. (2022). [Zur Überwälzung der Erzeuger- und Importpreise auf die Verbraucherpreise](#). Kiel Insight 2022.3.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, S. Kooths, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022). Kriegsschock lastet auf Erholung. Euroraum im Frühjahr 2022. Kieler Konjunkturberichte Nr. 88.
- Deutsche Bundesbank (2022). Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024. Monatsbericht, Juni.
- Döhrn, R. (2019). Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und ihre Auswirkungen auf Prognosen. AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv 2/2019: 99-123.
- Gartner, H., T. Hellwagner, M. Hummel, C. Hutter, S. Wanger, E. Weber, G. Zika (2022). IAB-Prognose 2022: Konjunkturaufschwung ausgebremsst. IAB-Kurzbericht 07/2022, Nürnberg.
- Gern, K.-J., S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022). Inflationsschub bremst die Expansion. Weltwirtschaft im Sommer 2022. Kieler Konjunkturberichte Nr. 91.
- Gornig, M., O. Holtemöller, S. Kooths, T. Schmidt, T. Wollmershäuser (2022). Gemeinschaftsdiagnose: Ohne russisches Gas droht eine scharfe Rezession in Deutschland. Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 102. Jg. (2022), Heft 5, S. 347-353.
- Hauber, P. (2018). [Zur Kurzfristprognose mit Faktormodellen und Prognoseanpassungen](#). IfW-Box 2018.5.
- Kooths, S. (2022). Hausgemachte Inflationsrisiken. Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 102. Jg. (2022), Heft 6, im Erscheinen.
- Sichel, D. E. (1994). Inventories and the three phases of the business cycle. Journal of Business & Economic Statistics 12(3): 269-277